

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

33. Woche für die Zeit vom 11. bis 17. August 1905.

Posen, den 22. August 1905.

Außerungen der polnischen Presse über die Kaiserrede in Gnesen.

II.

Aus Nr. 183 des Wielkopolanin (Posen)
vom 12. August 1905:

Die Rede des deutschen Kaisers und preussischen Königs, gehalten auf dem Marktplatz zu Gnesen.

Nach der Begrüßungsansprache des Bürgermeisters der Stadt Gnesen, Schoppen, ergriff der deutsche Kaiser das Wort und sprach folgendes:

(Es folgt nunmehr die von Seiner Majestät gehaltene Ansprache.)

Bemerkenswert sind folgende Punkte:

Der Kaiser sagte:

1. Daß nicht alle Polen klar darüber sind, ob sie unter der Hohenzollernstandarte Recht und Schutz finden. Uns kommt es vor, als ob diese Unklarheit auch fernerhin bestehen bleiben wird, denn das ganze System trug zu dieser Unklarheit bei, und so lange dies dauern wird, wird Unklarheit herrschen.

2. Der Kaiser versicherte, daß die Katholiken in der Ausübung ihrer Religion nicht gehindert werden sollen, daß sie aber auch Achtung für die anderen Konfessionen haben sollen.

Wenn diese kaiserlichen Worte in Erfüllung gehen sollen, so muß vor allen Dingen die Propaganda für den Protestantismus ein Ende nehmen, und die Regierung muß den Katholiken und Polen hier im Lande ebenso den Weg zur Beamtenlaufbahn eröffnen, wie sie ihn für die protestantischen Deutschen eröffnet hat.

3. Der Kaiser verdamnte die deutschen Verkäufer. —

Dieser Worte wollen wir gedenken und wir wollen uns ebenfalls darnach richten.

4. Der deutsche Kaiser erinnerte daran, daß er, obwohl Protestant, den päpstlichen Segen und das Versprechen erhalten habe, daß alle katholischen Untertanen, Deutsche und Polen, ihm treu sein werden.

Der heilige Vater Leo XIII. war unendlich gütig, weshalb sollte er dem deutschen Kaiser seinen Segen vorenthalten, da jener sich mit den Anzeichen der Ehrfurcht ihm näherte, die sein hoher Stand, die Achtung vor seinem ehrwürdigen Alter, sein außergewöhnliches Ansehen und sein fast übermenschlicher Verstand gebieterisch forderten.

Die Versicherung von der Treue der katholischen Untertanen, insbesondere

der Polen konnte der heilige Vater vollkommen ruhig geben, weil der heilige Vater uns kannte und wußte, daß unser Volk bis jetzt noch keine Königsmörder in die Welt gesetzt hat, seine Pflichten stets erfüllt und Verschwörungen bis jetzt nicht ausgeheckt hat, noch aushecken wird.

Wollte Gott, daß auch alle Anderen die von ihnen uns gegenüber übernommenen Verpflichtungen so treu erfüllen, wie wir sie erfüllen.

5. Der deutsche Kaiser forderte die Mitglieder des Kapitels auf, zur Erfüllung des Versprechens des heiligen Vaters beizutragen.

Wir erlauben uns anzufragen, was die vornehmste Aufgabe des Kapitels ist?

Da scheint es uns, daß die wichtigste Aufgabe des Kapitels, oder mit einem Worte, der Geistlichkeit, die Sorge dafür ist, daß die ihnen anvertrauten Schäfchen mit Hilfe der Geistlichkeit der Kirche treu bleiben, tren bleiben ihren Gebeten und Grundsätzen! Was darüber ist, geht über den Wirkungskreis des Kapitels hinaus.

Es wurde aber vorstehend gesagt, die Geistlichkeit solle darauf achten, daß die Schäfchen sich an die Gebote und Grundsätze der Kirche Christi halten — und Christus hat gesagt:

„Bebet Gott was Gottes ist und dem Kaiser was des Kaisers ist. So geschieht es auch bei uns, — wir zahlen unsere Abgaben, stellen Rekruten, lassen uns nicht auf Verschwörungen zum Verderben Preußens ein — also was ist denn noch mehr nötig!“

Wenn also sich in den an die Kapitel gerichteten Worten andere Intentionen verbergen, so würden die Kapitel, wenn sie im Sinne dieser Intentionen handeln würden, kein Verständnis bei uns finden.

Wenn es sich also darum handelt, unsere Herzen geneigt zu machen, dann sind auch die Kapitel machtlos, denn die mit einem wunderbaren Instinkt ausgestattete Volksseele wendet sich dem ihr Wohlwollenden ohne Zwang zu, wo sie aber kein Wohlwollen spürt, da läßt sie sich auch nicht mit Gewalt Zuneigung abzwängen.

6. Der deutsche Kaiser sagte: „Deutschtum bedeutet Kulturfreiheit u.“

Das sind augenscheinlich persönliche Anschauungen des Kaisers, über die zu diskutieren wir keine Veranlassung haben. —

Zum Schluß führen wir an, daß die deutschen Blätter die Ansprache des deutschen Kaisers als einen Aufruf an die Deutschen, auf die Chancen zur Arbeit für das Deutschtum zu eilen, betrachten.

Ein solche Erklärung ist uns sehr wertvoll.

Aus Nr. 184 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 13. August 1905:

Die Rede des Kaisers in Gnesen.

Der Ausflug des Königs und Kaisers Wilhelm nach Posen und Gnesen ist, obwohl er einen fast ausschließlich militärischen Charakter trug, doch auch nicht ohne bedeutungsvolle politische Dekorationen einerseits und ohne dementsprechende Erscheinungen andererseits gewesen. Vor allen Dingen frappierte doch die so plötzliche Änderung der vorher bekannt gegebenen Programme des kaiserlichen Ausfluges, sowie die unerwartete Eile, mit der sich der lange vorher angekündigte Besuch vollzog und mit welcher der hohe Visitator sich wiederum der Residenz zuwandte.

Eine der bedeutendsten Dekorationen des Gnesener Empfanges war zweifelsohne das durch die Kolonisten der Ansiedelungskommission gebildete Spalier, welches augenscheinlich von höherer Seite aus zwecks Darinung der glückseligen und patriotischen Tätigkeit dieser Institution angeregt worden war, die sich außer in den bürokratischen und habsburgischen Kreisen sonst bei den Deutschen von nüchternen Ansichten keiner besonderen Beliebtheit erfreut. Und weil das Inspirieren dieses Patriotismus auch hier von oben kommt und mit militärischer Disziplin gefärbt ist, darf man sich nicht wundern, daß sich eine Erscheinung dieser Art die Anerkennung und das Lob des Kaisers errungen hat. Dieses Lob ist gewissermaßen noch gewürzt worden durch die Ansprache des hohen Redners an diejenigen auf unserer Erde ansässigen Deutschen, welche sich ihres Grundbesitzes in unserem Lande entäußern. Es liegt zwar ein gewisser Widerspruch zwischen diesem Lobe und der Tätigkeit der Ansiedelungskommission, welche sich schon seit längerer Zeit gezwungen sieht, vorwiegend Besitzungen aus deutschen Händen zu erlösen, weil die Abtretung polnischer Besitzes mit jedem Jahre abnimmt, es liegt darin umgekehrt auch wohl eine unbeabsichtigte Warnung für die Polen, daß sie an ihrer väterlichen Scholle festhielten — aber solche logischen und ethischen Widersprüche und Fehler treffen, wie bekannt, in unseren sozialen und politischen Verhältnissen keinen der germanisatorischen Faktoren.

Der deutsche Patriotismus ist bekanntlich befugt, jegliche Fehler, seien es logische, oder gesetzliche, oder moralische, zu begehen, und er sündigt, wie uns die Erfahrung täglich lehrt, sowohl in der Verwaltung des Landes, wie in der Gesetzgebung und im sozialen Leben.

Der königliche Visitator fühlte sich auch veranlaßt, dem aus Anlaß der militärischen Besichtigung sonderbarer Weise versammelten Gnesener Kapitel seine Betrachtungen vorzuhalten.

Im Anschluß an die Worte, welche der verstorbene Papst Leo XIII. bei der persönlichen Verabschiedung des Kaisers in Rom gesagt haben soll, indem er ihm im Namen aller katholischen Untertanen Treue versicherte, richtete Kaiser Wilhelm an das Gnesener Kapitel eine entsprechende Mahnung und schloß sie mit der besonderen Wendung, daß es die Empfehlung des großen Geistlichen genau erfüllen möge, auf daß derselbe nicht dereinst nach seinem Tode das damals gegebene Versprechen brechen müßte.

Der Kaiser schloß seine Rede mit den Worten: Deutschtum heißt Kultur, Freiheit für jeden, in Religion

sowohl, wie in Gesinnung und Betätigung. Das sind ebenfalls Worte von zweifellos lautem Klange, deren Sinn aber kaum allgemeine Anerkennung finden wird. Von der deutschen Kultur haben nicht nur wir, die wir ihre Praxis alltäglich am eigenen Leibe verspüren, sondern auch andere, unabhängige Völker eine etwas abweichende Meinung. Eine Kultur, die sich durch Ausnahmen, durch prahlerisches Erhabenheit kennzeichnet und deren Gestalt, wie bei uns, bürokratischer und militärischer Servilismus ist, kann sich allgemeine Anerkennung nicht erwerben.

Zwar sind die Aspirationen der in alle Welt reichenden Führung und des Vorranges des Deutschtums vor den anderen Völkern der Erdfugel bekannt — aber trotz der entsprechenden Darlegungen Seitens des Reichskanzlers, oder gar Seitens des Kaisers, ist bis jetzt doch wenig Aussicht auf Erfüllung dieser hochtrabenden Träume.

Selbst trotz der Ausflüge, sei es nach Tanger, oder in die schwedischen und finnischen Gewässer, oder gar nach Gnesen, bringt die zu diesem Zwecke betriebene Propaganda keine großen Früchte. Die politische Absonderung Deutschlands, welche sich in den letzten Zeiten immer mehr bemerkbar macht, ist ein ziemlich deutlicher Hinweis darauf, daß die Aspirationen der deutschen Politik und Kultur dieser Art nicht den beabsichtigten Reiz ausüben. Auch wir werden sie (die Politik und Kultur) sehr gerne achten, wenn sie von den Schleichwegen der Absonderung, der Hoffart und Verschleierung, der Verachtung und Bedrückung hinsichtlich der Schwächeren abgeht und den Weg der Gerechtigkeit, des Edelsinns und der Anerkennung dessen, was sie selbst für sich geachtet haben will, beschreitet.

Aus Nr. 183 des Postep (Posen)

vom 12. August 1905:

Die Rede des Kaisers in Biedrusko.

Nicht nur in Gnesen hat der Kaiser über das Thema der Stärkung des Deutschtums in den Ostmarken gesprochen, sondern auch in Biedrusko zu den Truppen und besonders zu dem in Posen stehenden Jägerregiment zu Pferde hat er ebenfalls derartig gesprochen, daß die polnische Bevölkerung hiervon nicht erbaut sein kann. Nach deutschen Blättern, denen wir die Verantwortung für diese Rede überlassen, soll der Kaiser folgendes gesprochen haben:

Der Kaiser sehe den Truppenübungsplatz in Biedrusko zum ersten Male. Von allem, was er gesehen habe, sei er überrascht und hocherfreut. Er habe die Schönheit und herrliche Lage nicht gekannt und diese überhaupt auch garnicht erwartet. Die Haltung der Bevölkerung und der herzliche Empfang, den er bei dieser und seinen Truppen gefunden habe, habe in ihm das Bewußtsein gestärkt, daß er es mit loyalen Untertanen zu tun habe. Indessen angesichts der Versuche, Zwietracht zwischen den Bürgern deutscher und polnischer Nationalität zu säen, sei es sein ernstester und unerwiderter Wille, an der Ostmarkenpolitik festzuhalten. Posen sei früher Garnison des Leibhusarenregiments Nr. 1 (schwarze Husaren) gewesen und soll auch jetzt wieder Garnison eines Leibregiments werden als Anerkennung seines königlichen Wohlwollens.

Zu seinem Leibregiment bestimme er das Jägerregiment zu Pferde in Posen, welches von jetzt ab heißen werde „Leibregiment Jäger zu Pferde Nr. 1 Kaiser Wilhelm II.“ Es sei dies eine Auszeichnung

für die guten Leistungen des Regiments bei der gestrigen Reiterattacke. Er habe die Hoffnung, daß dieses jüngste seiner Leibregimenter sich den Taten seiner übrigen Regimenter würdig anschließen und ein Hort deutscher Gesinnung in den Ostmarken sein werde. Das Regiment erhalte seinen Namenszug auf den Achselklappen.

In der obigen Rede fällt es auf, daß der Kaiser gewisse Bestrebungen, Zwietracht zwischen den deutschen und polnischen Bürgern zu säen, erwähnt, und daß er aus diesem Grunde die Ostmarkenpolitik unerschütterlich weiter betreiben werde. Der Kaiser hat sich, nach den deutschen Zeitungen, nicht deutlich ausgedrückt, wer diese Zwietracht sät, aber man kann sich denken, daß die Polen diese Unruhestifter sind.

Was das Festhalten an der Ostmarkenpolitik anbetrifft, so fühlen wir sie auch so schon gut genug an unserm eigenen Fell. So soll es auch weiterhin unerschütterlich geschehen.

Also aus dem Munde des Monarchen haben wir gehört, wie sich unser Loß in Zukunft gestalten soll, und wer weiß, ob es nicht die Ankündigung weiterer antipolnischer Gesetze ist oder zum mindesten die Vergrößerung des Ansiedelungsfonds, da der Kaiser in seiner Gnesener Rede ungeheuer darauf Gewicht legte, den deutschen Grundbesitz fest in Händen zu halten. Mit ruhigem Gewissen können jedoch die Polen behaupten, daß sie am allerwenigsten etwas zum Säen von Zwietracht zwischen den beiden Nationalitäten beigetragen haben. Der Vorwurf, Zwietracht gesät zu haben, gebührt vor allen Dingen der Bruderschaft von den drei Buchstaben, dem sogenannten Ostmarkenverein. Dieser arbeitet unaufhörlich daran, daß Unfrieden zwischen beiden Nationalitäten herrscht. Wenn die Polen ihre Nationalität verteidigen, so kann man dies doch nicht „Säen von Zwietracht“ nennen, sie erfüllen damit doch nur das, was jeder Nation auf der Welt als heilige Pflicht gilt und was jedem Volk als große und lobenswerte Tugend angerechnet wird, da es keine erhabeneren irdische Tugend gibt, als die Tugend der Liebe zum Vaterlande und der Liebe zu seiner Nationalität.

Der Kaiser hat selbst geäußert, daß er hier loyale Untertanen gefunden hat, und solche sind auch die Polen, und sie sind in der Tat ungemein loyal und ruhig, da sie, trotz der großen Schmerzen und trotz des erlittenen Unrechts, das sie auf jedem Schritt erfahren, sich während der Zeit der deutschen Festlichkeiten, bei denen sie ihre große Erniedrigung erst ganz erkennen, überaus ruhig verhalten haben. In andern Ländern, in denen nicht so gespannte Verhältnisse herrschen wie bei uns, ist die Bevölkerung jeder Nationalität, wohin der Monarch immer nur kommt, zu der Person des Kaisers oder Königs zugelassen, um durch ihre Vertreter ihre Wünsche zu äußern, aber ebenfalls auch ihre Klagen, falls sie solche auf dem Herzen hat. In solchen Fällen steht es jeder Nationalität frei, in ihrer Muttersprache zu reden und nach ihren Gebräuchen hohe Gäste zu empfangen. Die polnische Bevölkerung hier im Großherzogtum ist nicht einmal zu der Person des Monarchen zugelassen, sobald er in die hiesige Gegend kommt, und der selbst schlecht informierte Monarch nimmt nur auf eine Nationalität Rücksicht, nämlich die deutsche, und er läßt sich auch in seinen Ansprachen nur über die Entwicklung des Deutschthums in den Ostmarken aus.

Angeichts der Ansprachen des Kaisers in Gnesen und Biedrusko steigen einem noch andere Gedanken auf. Diese Gedanken kann man für's erste nicht vollständig ausdrücken, da man mit der Freiheit des Wortes rechnen muß. Das eine heben wir noch hervor, daß der letzte Besuch des Kaisers in unserm Groß-

herzogtum der polnischen Gesamtheit nichts Gutes für die Zukunft voraussagt, daß er im Sinne derjenigen ausfiel, die uns aus nationalen Rücksichten bei keinem Schritte schonen.

Bei einer solchen Sachlage wollen wir uns für die Zukunft abhärten und tren bei unserer Nationalität beharren, wir wollen unsere nationalen Eigentümlichkeiten pflegen, zu denen in erster Reihe unsere Muttersprache gehört. Haben wir schon soviel Bedrängnis ausgehalten, so werden wir auch die künftigen Unwetter, die unserer noch harren, ertragen, wenn die Hafatisten, die durch die letzten kaiserlichen Reden hocherfreut sind, noch schärfer gegen alles, was polnisch ist, auftreten werden.

Schreiben wir uns vor allem gut ins Gedächtnis, was der Kaiser zu den Deutschen gesagt hat, daß sie gegen das deutsche Vaterland sündigen, wenn sie ohne Not sich ihres Landes entäußern. Eine weit schwerere nationale Sünde lastet auf den Polen, die sich des polnischen Bodens entäußern.

Laßt uns hier auf unsern väterlichen Gefilden, auf unserm polnischen Posten ausharren, wie auch der Kaiser die Deutschen ermahnt hat.

Aus Nr. 185 des Postep (Posen)

vom 15. August 1905:

Noch die Kaiserrede.

Mit der Rede des deutschen Kaisers befaßt sich sowohl die ganze polnische als auch die deutsche Presse, und jede bespricht die Worte des Monarchen von ihrem Standpunkte aus. Weiter unten führen wir zwei Pressstimmen der katholischen Germania und der Kölnischen Volkszeitung an, und wir selbst werden uns noch einige auf dem Marktplatz in Gnesen gesprochene Kaiserworte etwas näher ansehen.

Heute werden wir den die Religionsfreiheit betreffenden Absatz besprechen. Der Kaiser hat gesagt, jeder katholische Pole müsse überzeugt sein, daß er seine Religion achte und daß ihm in ihrer Ausübung keinerlei Hindernisse bereitet würden, daß er aber auch Ehrfurcht und Achtung vor anderen Konfessionen haben müsse, so wie diese sie für seine Konfession hätten.

So hat der Kaiser ausdrücklich gesagt, und wir glauben gern, daß der Kaiser die katholische Religion sogar bei den Polen achtet, und wenn er vielleicht besser informiert wäre, so würde er gewiß seinen Einfluß dahin geltend machen, daß bei uns wirkliche Religionsfreiheit herrschte. Denn in Wirklichkeit sprechen die Tatsachen anders. Die Grundsätze der katholischen Religion stehen im Widerspruche damit, daß die kleinen Kinder in der Religion in einer fremden Sprache unterrichtet werden, die sie nicht einmal verstehen. Wenn also volle Religionsfreiheit herrschte, dann würde den polnischen Kindern in der Schule der Religionsunterricht ausschließlich in polnischer Sprache erteilt werden. Wenn das nicht geschieht, so hat das polnische Volk keine volle Freiheit in der Ausübung seiner Religion.

Religionsfreiheit kann man es doch nicht nennen, wenn es in unseren Erzdiözesen nicht ein einziges männliches Kloster gibt, während weibliche in nur sehr beschränktem Maße eingeführt sind. Während die protestantischen Diakonissinnen die größte Berücksichtigung erfahren und ihnen prächtige Gebäude errichtet werden, wird unseren katholischen weiblichen Orden die Niederlassung in der schlimmsten Weise erschwert. Das kann man doch nicht Religionsfreiheit nennen; wenn fromme Leute zusammen in Klöstern leben, sich dem Dienste Gottes hingeben und barm-

herzige Werke vollbringen wollen, warum wird denn diesen Leuten eine solche gemeinschaftliche Niederlassung zum Lobe Gottes und zum Nutzen der Menschheit verwehrt? Daher sind also die katholischen Polen hinsichtlich der Niederlassung von Orden verfolgt, und wenn jemand nach Ordensregeln leben will, dann muß er sich außerhalb der Grenze des preussischen Staates und außerhalb der Grenze unserer polnischen Erzbischöfe begeben.

Ebenso sind die katholischen Prozessionen in unserer Gegend beschränkt. Früher fand in Posen die Rosenkranzprozession von der Dominikanerkirche aus durch die Stadt statt. Während des Kulturkampfes ist diese Prozession verboten worden. Seinerzeit hat der verstorbene Herr Erzbischof Dinder bei den Behörden die Genehmigung dieser Prozession nachgesucht, doch haben die Behörden es nicht gestattet. An der neuen Kirche in Jersitz wollte man ebenfalls am Frohnleichnamstage eine öffentliche Prozession veranstalten, und es wurde ein entsprechendes Gesuch eingereicht, doch es erging ein ablehnender Bescheid. Außerdem wird in den Dörfern und kleineren Städten das Singen und Beten vor den Heiligenfiguren verboten, und sogar vor solchen, die durch langjährige Traditionen geheiligt waren; auch verschiedene andere wenn auch weniger wichtige Einschränkungen unseres religiösen Lebens erfahren wir öfter, so wird z. B. das Tragen oder Heraushängen von Fahnen während kirchlicher Feiertage bestraft.

Vor nicht langer Zeit hat das Posener Tageblatt geschrieben, daß die Posener Polizei ein Verbot betr. die Abhaltung katholischer Begräbnisse herausgeben werde, weil sie den Herren Sakristen ein Dorn im Auge sind; über dieses Thema, sie zu beseitigen, ist schon viel geschrieben worden, und dieselbe sakristische Presse dringt auch darauf, daß die kirchlichen Prozessionen kassiert werden.

Die katholischen Polen müssen dafür Strafe zahlen, wenn sie Kränze mit verschiedenfarbigen Bändern tragen, und am meisten für ein rot-weißes Band, und da die Begräbnisse doch ein rein religiöser Akt sind, so genießen wir auch hierin keine Freiheit.

Der Kaiser ermahnte, daß die katholischen Polen Achtung vor anderen Konfessionen haben sollten, da sie solche auch voll und ganz von den Protestanten erfahren. Wo gehen denn aber die katholischen Polen gegen die Protestanten vor, das kann man doch nirgends gewahr werden, dagegen lassen sich die Protestanten und Juden öfter Übergriffe gegen die Katholiken zuschulden kommen. Es kommt häufig vor, daß Protestanten die auf öffentlichen Plätzen aufgestellten Heiligenfiguren beschimpfen oder geradezu zerstören. Die Polen greifen die Protestanten in keiner Weise an, obwohl sie große Klagen darüber führen könnten, daß die katholischen Gotteshäuser in dem uralten katholischen Lande zugrunde gehen, während die protestantischen Bethäuser auf unserem Lande wie Pilze nach dem Regen emporwachsen, und zwar auf Kosten der Regierung.

Kann denn das katholische Volk darin nicht ein großes Unrecht erblicken, wenn der Protestantismus auf jedem Schritte unterstützt wird, während der Katholizismus eine Hilfe von seiten der Regierung selten einmal erfährt, höchstens dann, wenn aus früher gesammelten Millionenfonds der katholischen Kirche hier und da eine Kirche wiederhergestellt wird. Unter diesem Thema könnten wir noch mehr aufzählen, was mit der Kaiserrede nicht im geringsten harmonieren würde. Das, was wir geschrieben haben, genügt aber schon, um zu zeigen, daß die katholische Religion in den früheren polnischen Ländern nicht immer geachtet wird.

Aus Nr. 182 des Ogedownik (Posen)

vom 11. August 1905:

Deutschtum heißt Freiheit und Kultur für jeden.

Diese Worte sprach Kaiser Wilhelm gestern in Gnesen. Zu gleicher Zeit ging uns aus dem Wittowwer Kreise folgender Bericht zu:

Die Proteste der Eltern, die im April, Juni und Juli anlässlich der Einführung des deutschen Religionsunterrichts an die Regierung gesandt wurden, blieben ohne Antwort. Die Pflicht der Eltern wurde durch Übersendung des Protestes erfüllt. Jetzt ist die Reihe an der geistlichen Behörde.

Das sind preussische Wohltaten, für die Gnesen dankt.

Aus Nr. 182 der Gazeta Polska (Kosten)

vom 12. August 1905:

Die Rede Kaiser Wilhelms II.

Der deutsche Kaiser Wilhelm II. war gestern in Gnesen. Bis jetzt haben wir wenig darüber geschrieben. Das geschah deshalb, um unsere Betrachtungen nach der Abreise Sr. Kaiserlichen Majestät zu Papier zu bringen. Wir würden über Kaiser Wilhelm überhaupt nichts schreiben, wenn jedes seiner Auftreten in unserem Landesteile nicht einen bestimmten Zweck hätte, wenn es nicht gleichzeitig die Gefühle der unangenehmen Befürchtung in sich vereinigte, welche neue Wohltat (!?) aus Anlaß des Aufenthalts des Kaisers und seiner höchsten Gnade auf uns herniederfallen werde.

Diese Befürchtungen erfüllen sich jedesmal. In Marienburg fielen i. Zt. die berühmten Worte von der polnischen Unverschämtheit — in Posen brachte man uns am Denkmal Kaiser Friedrichs III. in Erinnerung, daß sich Posen auf deutscher Erde befinde, daß es eine deutsche Stadt sei und daß es deutsch bleiben müsse.

Aus der uns Polen gegenüber gehegten Gesinnung Kaiser Wilhelms II. hätte man glauben müssen, daß auch in Gnesen die Worte von der deutschen Stadt fallen würden, daß der Kaiser daran erinnern würde, daß auch Gnesen deutsch bleiben solle.

Diese auf Grund der vorigen Reden begründeten Befürchtungen haben sich verwirklicht.

Und ist es so? — wird mancher der Leser fragen.

O, ja, ja, doch höret! Auf dem Gnesener Markte begrüßte der Bürgermeister der Stadt den Kaiser. Der Kaiser antwortete nach den deutschen Zeitungen wörtlich in folgender Weise: (Es folgt der Wortlaut der Rede.)

Aus Nr. 184 des Dziennik Kujawski (Hohenjalsa)

vom 12. August 1905:

Die Kaiserrede in Gnesen.

Es herrschte die allgemeine Ansicht und man erwartete gewissermaßen in den Kreisen der Wächter der „Ostmarken“, — daß der deutsche Kaiser während seines Aufenthalts in Gnesen, wie gewöhnlich bei solchen Gelegenheiten, eine Rede halten werde, in welcher die Stellung des Monarchen gegenüber der polnischen Frage genau dargelegt werden würde. Nach der Thorner und Marienburger Rede konnte man auf eine ähnliche Äußerung der Ansichten des Kaisers über die deutsche „Ostmarkenpolitik“ vorbereitet sein.

Indessen vermag die vorgestern in Gnesen gehaltene Rede des Kaisers uns vor der Hand keine tiefere Befürchtung um unsere nächste Zukunft einzufloßen, auch unsere Busenfreunde wird sie weder sehr erfreuen noch ergreifen.

Nach den amtlichen Mitteilungen führte der Kaiser folgendes aus. (Es folgt der Wortlaut der Rede.)

Beim Lesen der obigen Worte gewinnen wir den Eindruck, als ob der deutsche Kaiser, falls er über die Stimmen der katatistischen Presse informiert worden ist, die seiner Ankunft in Gnesen unmittelbar vorausgingen, in seiner Rede den gehässigen und aufreizenden Inhalt der Blättermeldungen zu mildern bemüht gewesen wäre, indem er gleichsam wie absichtlich die scharfen Wendungen gegen die Polen und das Hervorheben der großen Macht des deutschen Reiches mied. Wenn nach den Worten des Kaisers: „ein jeder katholische Pole sollte davon überzeugt sein, daß ich seine Religion ehre und daß er bei der Ausübung derselben in keiner Weise gestört werden wird“ — angesichts der Polen die Minister, die Oberpräsidenten, die Regierungspräsidenten, die Landräte, Bürgermeister und andere Behörden verfahren würden, dann würde es heute sicherlich bei uns nicht die nationale Entzweiung, diesen fortwährenden Kampf mit dem Katatismus geben. Gar schön klingen solche Kaiserworte, was nützt es aber, wenn die ausführenden Behörden sich ihnen nicht anpassen.

Aus der Kaiserrede möchten wir ferner alltäglich und eindringlich unseren Gutsverschacherern und Kolonistoren die Worte ins Gedächtnis rufen: „Wer als Deutscher ohne Grund seinen Besitz im Osten veräußert, der versündigt sich an seinem Vaterlande“. Beziehen sich denn diese Worte nicht tausendmal mehr auf diejenigen unter uns, welche für den Judasgroschen die Mutter-Ernährerin, dieses teuerste Erbe unserer Väter veräußern?

Interessant ist der Abschnitt der Rede, welcher sich an das Gnesener Kapitel wendet. Wir haben keinen Grund, an der Echtheit der Worte des verstorbenen Papstes Leo XIII. zu zweifeln, die der deutsche Kaiser angeführt hat, und sind überzeugt, daß Leo XIII. mit gutem Gewissen dem Kaiser versprechen konnte, daß alle seine katholischen Untertanen, also auch die Polen, stets seine treuen Untertanen sein würden. Aber wir können annehmen, daß Leo XIII. bei diesem Versprechen auch der Bitte Ausdruck verlieh — oder sie zum mindesten im Auge hatte —, mit allen, also auch mit den polnischen Untertanen des preußischen Königs und deutschen Kaisers in gleicher und gerechter Weise zu verfahren.

Den letzten Abschnitt der Rede des Kaisers: „Deutschtum heißt Kultur, Freiheit für jeden, sowohl in Religion, wie in Gesinnung und Betätigung“ — kommentiert die Berliner Germania in folgender Weise: „Gott gebe, daß es so wäre. Aber die Unterstützung des Deutschthums, wie sie sich in der antipolnischen Politik zeigt, sieht eher nach Gefeslosigkeit und Bedrückung aus.“

Aus Nr. 184 des Lech (Gnesen)

vom 12. August 1905:

1000—1905.

Zwei Momente der Stadt Gnesen.

i. J. 1000.

Hei, es läuten die Glocken, diese polnischen
Glocken!

Sie tragen den Ruhm in weite Fernen!

Der Glockenschall verbreitet sich, weithin fließet
der Ton!

Er verkündet Polen, siehe da, der Jahrhunderte
Leben!

i. J. 1905.

Ach, es weinen die Glocken, diese polnischen
Glocken . . .

Ihre Klagen fließen in die polnischen Gefilde . . .

Ihre Töne gleichen einer Schmerzensoffenbarung . . .

Als wären es die Grabgesänge ihres früheren
Ruhmes . . .

....., d. 9. Aug. 05.

Sz. Dstoj.

Aus Nr. 97 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)

vom 15. August 1905:

Die Rede des deutschen Kaisers in Gnesen.

In der vorigen Nummer haben wir die von Kaiser Wilhelm auf dem Gnesener Markte gehaltene Rede nur dem Inhalte nach wiedergegeben. Heute bringen wir die Rede in ihrem Wortlaute. Der Kaiser erwiderte auf die Begrüßung des Bürgermeisters Schoppen folgendes:

(Folgt Wortlaut der Rede.)

Ihr seht also, liebe Brüder, was für eine schöne Rede der Kaiser zu halten versteht, wie er uns versichert, daß er unsere Religion und unsere Überzeugung achtet, und wie er uns Schutz und Recht unter dem Hohenzollernbanner verspricht.

Indessen behandelt uns die katatistische preußische Regierung gerade entgegengesetzt. Sie mischt sich nämlich in die Angelegenheiten der Geistlichkeit und unserer Kirche hinein und gestattet es nicht, daß unsere polnischen Kinder den Religionsunterricht in der Schule in ihrer eigenen Sprache genießen.

Die fürsorgliche preußische Obhut haben wir schon zu gut erfahren. Wir werden damit auf jedem Schritte und an jedem Orte umgeben, so, daß uns der Kaiser eine bessere nicht mehr zu versprechen braucht. Wo ist denn da das Recht und die Gerechtigkeit, wenn gegen uns immer neue Ausnahmegesetze geschmiedet werden, wenn man uns von der Erde, auf der unsere Väter gewohnt haben, vertreiben will, wenn uns nicht gestattet wird, auf ihr frei zu wohnen und Häuser zu bauen.

Der Kaiser sagt, daß es heilige Pflicht des Deutschen sei, im Osten zu wirken, und daß der sündige, der seinen Besitz im Osten verkaufe. Haben wir denn nicht dem gegenüber, lieber Bruder, die heiligste Pflicht, uns an diese Erde festzuklammern, auf der wir geboren sind und die man uns entreißen will? Der ist also ein Verräter an der nationalen Sache, der seinen Grund und Boden dem Feinde verkauft, der seine Kinder und Enkel des Brotes beraubt und der sein Vaterland dem Untergange weihet!

Die Ermahnung, die der Kaiser an das Kapitel und die Geistlichkeit gerichtet hat, war vollständig überflüssig. Papst Leo XIII. konnte nur verbürgen, daß wir preußische Untertanen bleiben werden, doch derselbe Papst würde es nie gestatten, durch die Kirche das Deutschtum zu verbreiten, wie es die preußische Regierung tut.

„Deutschtum heißt Kultur und Freiheit für jeden“ — sagt der Kaiser —, doch wir wissen und fühlen an eigener Haut diese gerühmte Kultur und Freiheit.

Aus Nr. 97 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 15. August 1905:

Die Rede Kaiser Wilhelms in Gnesen.

Es ist zunächst die Rede, die Seine Majestät in Gnesen gehalten hat, abgedruckt. Dann heißt es weiter:

So lautet die kaiserliche Rede. Kaiser Wilhelm versteht es, sich an Herz und Gemüt seiner deutschen Untertanen zu wenden. Schon allein sein Aufenthalt in den östlichen Provinzen der Monarchie begeisterte sie. Er konnte daher in seiner Rede mit Recht seiner Freude darüber Ausdruck geben, daß er bei den in dem uralten Königsitz Polens versammelten Deutschen frohe und heitere Gesichter gesehen habe, insbesondere bei denen, die bei ihrer glücklichen Lage unter dem preußischen Szepter, auf Grund ihrer Nationalität allein, überdies noch Wohltaten erfahren.

Die Lage von uns Polen, die an und für sich schon eine ganz ungünstige ist, wird noch dadurch eine unglücklichere, daß wir nicht allein das nicht besitzen, was uns von naturwegen gemäß des göttlichen Rechts, der Versprechungen der preußischen Könige, zugleich kraft zweier Konstitutionen, der preußischen und der des Deutschen Reichs, dem man uns trotz unseres Protestes einverleibt hat, zukommt, sondern uns sind sogar die Hände bei der Arbeit der materiellen und geistigen Entwicklung geknebelt, bei der Arbeit, diese Erinnerungen und Traditionen unserer herrlichen geschichtlichen Vergangenheit zu erhalten, diese Traditionen, die der deutsche Kaiser selbst zu wiederholten malen, bei jedem Stamm, bei jedem Volk, zu achten befohlen hat.

Können denn unsere Herzen froh sein, können denn unsere Gesichter heiter sein? Man müßte nicht einen gelegentlichen Artikel schreiben, sondern ein ganzes Buch, um zu beweisen, wie der kaiserliche und königliche Wille hier beachtet wird. Wir wiederholen es, nicht ein Artikel, sondern ein ganzes Buch, und in diesem müssen wir die ungeheure Anzahl unserer polnischen Schmerzen und Leiden aufzählen.

Die auf polnischer Erde angesiedelten Kolonisten, zu denen der Kaiser so wohlwollend sprach, können froh sein und befriedigte Gesichter machen, da sie bei eifriger Arbeit, bei Geldunterstützung und Förderung seitens der Regierung sich eine gute Existenz schaffen können, und sie brauchen garnicht mit sich zu kämpfen, wie es der Kaiser gesagt hat, ihren Besitz zu verlassen und aus dem Osten nach dem herrlichen Westen zu verziehen.

Wir Polen, die wir auf der Erde unserer Väter leben, können, wenn wir auch, gleichwie ein Ochse in das Joch unserer Pflichten eingespant, gehen würden, nicht einmal von irgendwelchem Wohlstande träumen.

Die Ansiedelungskommission schwebt wie ein Schwert an einem Härtchen über unseren Häuptern; letzteres reißt, wie dies die Tatsache lehrt, häufig, und das Schwert hat schon viele der Unfrigen materiell und geistig erschlagen.

Es ist eine in der Weltgeschichte unerhörte Tatsache, daß eine Institution, zu welcher in Form von Abgaben alle ihre Groschen beisteuern, nur eine Klasse von Bürgern desselben Staates in ihren Schutz nimmt und sie auf die Füße stellt, während sie die andern vergräbt.

Beweist denn nicht unsere Muttersprache, die aus den Schulen, die unsere polnische Jugend besucht, beinahe verdrängt ist, welche Achtung sie genießt?

Denn die Religion, die Sprache eines jeden Volkes, seine Gewohnheiten, Gebräuche, historischen Erinnerungen, die seit ewigen Zeiten bestehenden Namen für Städte, Dörfer und Örtlichkeiten bilden das innere Wesen und das äußere Kennzeichen aller Nationen ohne Ausnahme.

Protestierte denn einer der Minister in Berlin gegen den Beschluß der Inowrazlawer Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats, das erinnerungsreiche und viele Jahrhunderte alte „Inowrazlaw“ in „Hohen-salza“ umzutauften. Achten denn alle Beamten darauf, daß die Polen im preußischen Anteil ihre Namen und Vornamen korrekt im Sinne der polnischen Sprache schreiben? Die Sprachungetüme, die man auf den Schildern der Kaufmannsläden, der gewerblichen und Handelsniederlagen sieht, zeugen nicht von der Kultur und schon ganz und garnicht von der Achtung vor unseren Eigentümlichkeiten und den nationalen Traditionen.

Mag es sein wie es will, jedenfalls ruft es in jedem polnischen Herzen eine gewisse Befriedigung hervor, daß der deutsche Kaiser, bei unserer so unsäglich schmerzlichen Lage, seine Beamten daran erinnert hat, daß man die Traditionen eines jeden Volkes achten müsse.

Die Rede Kaiser Wilhelms ist auch an seine deutschen Untertanen, besonders die Kolonisten und die aus dem Innern Deutschlands stammenden Leute gerichtet. Er erinnert sie an ihre Pflichten, die sie aus Rücksicht für ihr deutsches Vaterland erfüllen müssen. Der Kaiser hält diejenigen Deutschen gewissermaßen für Verräter, die, nachdem sie in den Ostprovinzen des Reiches zu Wohlstand gekommen sind, ihre Stellung im Stiche lassen und nach dem schönen deutschen Westen übersiedeln.

Diese Ermahnung des Kaisers zur Pflicht gegen das Vaterland mag auch für uns Polen eine lebendige Lehre und ein Ansporn zur ausdauernden und verständigen Arbeit sein, unsere väterliche Erde, die mit dem Blute unserer Vorfahren getränkt ist, nicht aus der Hand zu lassen, da wir in diesem Falle Verräter dieses Vaterlandes wären, das uns in dem Okkupationspatent der Vorfahr des jetzigen deutschen Kaisers, Friedrich Wilhelm III., zuerkannt hat.

Die Rede des Kaisers enthält eine interessante Mitteilung von dem Besuch, den Kaiser Wilhelm II. am 4. Mai 1902 dem heiligen Vater, Leo XIII., abgestattet hat. Über diesen Besuch schreibt die katholische Germania folgendes: (Rückübersetzung aus dem Polnischen.)

„Wenn der Papst Leo XIII. dem Kaiser das Versprechen gegeben hat, daß alle Katholiken seines Reiches ihm immer treu bleiben würden, so konnte er dies mit reinem Gewissen tun. Unzweifelhaft kann man annehmen, daß der heilige Vater gleichzeitig die Bitte um gleiche und gerechte Behandlung der polnischen Katholiken ausgesprochen, oder diese Absicht im Sinne gehabt hat. Diese Annahme steht mit den ganzen Worten des Papstes in Verbindung. Deshalb kann man auch heute behaupten, daß Leo XIII. auch nach seinem Tode kein Wortbrüchiger geworden ist, da die überwiegend große Masse des polnischen Volkes garnicht daran denkt, die Treue zu brechen und sich von der preußischen Herrschaft gewaltsam loszureißen.“

Die deutsche katholische Zeitung, sowie andere deutsche Blätter, hauptsächlich die fortschrittlichen, greifen, im Gegensatz zu der Kaiserrede in Gnesen, das preußische Germanisierungssystem an. Das Blatt des Abgeordneten Richter erwähnt das Auftreten des Kaisers vor 3 Jahren in Posen und seine vorhergehende, gegen die Polen gerichtete Rede vom 5. Juni 1902 in

Marienburg, in der er von der Frechheit der Slawen sprach.

Von Anfang an konnte man auch voraussehen, daß die uns Polen feindlichen preußischen und deutschen Blätter überhaupt, besonders aber die kassatistischen, nicht verfehlen würden, aus der Rede Kaiser Wilhelms in Gnesen Vorteile zu ziehen, und, wenn sie auch die Geschichte unserer polnischen Vergangenheit und die Verdienste, die sich unsere Vorfahren um die Kultur und die Verteidigung von ganz Westeuropa gegen den Barbarismus und die asiatische Wildheit erworben haben, nicht kennen, so werden sie uns dennoch wegen unserer Lage verhöhnen und werden versuchen, die Schraube der Germanisation noch mehr anzuziehen.

Aus Nr. 96 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein)
vom 15. August 1905:

Zwei Reden Kaiser Wilhelm II. auf polnischer Erde.

Der deutsche Kaiser Wilhelm II. ist, wie bekannt, vorige Woche in der Umgegend von Posen und in Gnesen gewesen. Man erwartete, daß der Kaiser bei dieser Gelegenheit auch eine Rede halten werde, in der er auch die polnische Frage bzw. die Polenfrage berühren würde. Diese Erwartung ist auch eingetroffen, denn der Kaiser hat nicht nur eine, sondern zwei Reden politischen Inhalts gehalten, in denen er auch des Polentums Erwähnung tat.

Die erste Rede hat der Kaiser auf dem Truppenübungsplatz Weissenburg bei Posen gehalten. Indem er das Militär um sich versammelte, sagte er folgendes: (Folgt Wortlaut der Rede.)

Das ist der Inhalt der ersten Rede. Die zweite Rede, die bedeutend länger ist und in der er nicht nur von den Polen, sondern auch von den Katholiken im allgemeinen sprach, hat er auf dem Marktplatz der Stadt Gnesen gehalten. Auf die Begrüßung des Bürgermeisters antwortend, sagte der Kaiser folgendes: (Folgt Wortlaut der Rede.)

Das ist der Inhalt der zweiten Rede.

In der ersten Rede hat der Kaiser an das Aussehen der Zwietracht zwischen den Bürgern deutscher und polnischer Nationalität gesprochen. Diese Zwietracht säet aber niemand anders aus, als die Kassatisten und ihre Blätter, welche die Polen und Katholiken vernichten und an der Polenpolitik ihre Ventel spicken möchten.

In der zweiten Rede hat der Kaiser versichert, daß „jeder katholische Pole“ bei ihm Achtung für seine Religion finden und in der Ausübung seiner Religion nicht gehindert werden solle. Das ist ja alles recht schön, aber die Polen beklagen sich namentlich über die Bedrückung in nationaler Beziehung, über den Mißbrauch der Religion zu Germanisationszwecken, über die Verdrängung der polnischen Bevölkerung von den durch staatliche Institutionen angekaufte Güter, über die Boykottierung des polnischen Kaufmanns, Gewerbebetreibenden und Handwerkers auf ökonomischem Gebiete, über das systematische Hinabdrängen der polnischen Bevölkerung in die Reihen des Proletariats, über die polizeiliche Verfolgung des sogar privatim erteilten Unterrichts in der Muttersprache, über die Abschaffung der Jahrhunderte alten polnischen Städte- und Ortsnamen, und endlich darüber, daß dem polnischen Bauer, dem polnischen Arbeiter die Möglichkeit genommen worden ist, sich auf eigener Scholle anzubauen; das sind die Ursachen unserer Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen, das ist der Grund, weshalb sich heute schon der einfachste Mann fragt: welche

Zürsorge und Rechte habe ich denn als Pole noch in diesem Staate? Sogar die uns gegenwärtig nicht wohlwollend gesinnte Berliner „Germania“ mußte aus Anlaß der Kaiserrede ausdrücklich bestätigen, daß die gegenwärtige „Polenpolitik“ mehr nach Unbill und Verfolgung rieche!

Aus Nr. 48 des Polak (Rattowig)

vom 15. August 1905:

Die Rede Wilhelms II.

Der deutsche Kaiser und preußische König Wilhelm II. ist ein überaus heißblütiger, mit feurigem Temperament ausgestatteter Monarch.

Was er auf dem Herzen hat, schüttet er bei irgend einer Gelegenheit in einer öffentlich gehaltenen Rede sofort aus. Diese Gelegenheit aber fehlt ihm nie, denn bei seiner Rührigkeit befindet er sich stets auf Reisen, und überall betont und bekundet er seine Anschauung über die laufenden politischen Angelegenheiten.

Kein Wunder also, daß ihn auch die polnische Frage lebhaft interessiert, daß er sich schon wiederholt mit ihr befaßt und seine Ansicht darüber ausgesprochen hat.

In lebhafter Erinnerung sind noch bei allen Polen, ja in der ganzen slawischen Welt die Worte Wilhelms II., die seinerzeit in Thorn und später in dem Stammsitze des Kreuzrittertums, in Marienburg, gesprochen worden sind, die Worte von der polnischen Frechheit und Unverschämtheit.

In diesem Jahre zog Wilhelm wiederum in polnischen Landen ein, und zwar in Gnesen, der Stadt Lech's, der Wiege der polnischen Nation und der polnischen Kirche, wo aus jedem Steine, aus jeder handbreit Erde der mächtige Geist Boleslaus des Großen redet.

Mit einer gewissen Bangigkeit erwarteten die Polen, was doch Wilhelm in diesem historischen und jedem polnischen Herzen teuren Orte sagen würde. Denn daß man sich ohne Rede nicht begeben würde, das wußte man genau. Man stellte sich die Frage, ob aus dem Munde des preußischen Machthabers nicht wiederum Worte fallen werden, wie in Marienburg, insbesondere jetzt, wo wegen des Verfalls Rußlands und wegen Veränderung der Lage unter den Staaten **die polnische Frage keine geringe Bedeutung annimmt.**

Marienburg hat sich nicht wiederholt.

Die vom preußischen Könige gehaltene Rede ist nicht schroff, aber mit aller Entschiedenheit verteidigt sie die gegenwärtige Polenpolitik der preussischen Regierung, so daß wir keinen Wandel zum Bessern erhoffen dürfen. Wilhelm wendet sich an die Deutschen, alle Kräfte aufzubieten, um die polnischen Lande für das Deutschtum zu gewinnen, und er feuert sie an zu noch tatkräftigerer Betätigung nach dieser Richtung hin.

(Hier folgt der Wortlaut der Rede.)

Wilhelm hat also den Nationalitätenkampf, der im preussischen Landesteil zwischen Deutschen und Polen tobt, nicht übergangen. Er forderte die Deutschen auf, in dem Kampfe auszuhalten, und man sieht, er verachtet diejenigen Deutschen, die an Polen Land veräußern. Daraus müßten wir für uns eine Lehre ziehen. In den polnischen Landen waren und sind die Polen die ursprünglichen Besitzer. Die Deutschen sind als Eindringlinge in unser Land gekommen, und sie suchen mit allen Mitteln unser Land zu germanisieren und ihm den polnischen Stempel wegzunehmen.

Wir Polen haben die heilige Pflicht, alle Kräfte daranzusetzen, daß die von uns bewohnten Länder das

bleiben, was sie Jahrhunderte hindurch waren, nämlich polnische Länder. Wir haben weder eine Regierung, noch einen Staat oder ein eigenes Heer, womit wir uns gegen die Bemühungen der Deutschen, unser Land zu germanisieren, zu wehren vermöchten.

Darum hat jeder als Pole Geborene die heilige Pflicht, als Soldat auf der Wacht unserer polnischen Erde, unserer Habe, unserer polnischen Kultur zu stehen. Wer diese Pflicht geringschätzt, der verdient unsere Verachtung und ist ein Verräter Polens.

Kaiser Wilhelm II. befindet sich im Irrtum, wenn er behauptet, Deutschtum bedeute Kultur und Freiheit für jeden in Religion sowohl, wie in Gesinnung und jeglicher Betätigung.

Nicht einmal die Deutschen selbst werden ihm darin recht geben, denn die heutigen politischen Verhältnisse Deutschlands zeugen nicht von Freiheit, von Fortschritt, sondern von Knechtschaft und Rückständigkeit auf Schritt und Tritt. Diese politischen Zustände in Deutschland sind aber nichts weiter, als die Frucht der Lebenskraft des Deutschtums, der deutschen Nation. Ebenso verhält es sich mit der deutschen Kultur. Ist denn die deutsche Kultur, über welche sich die Deutschen selbst beklagen, etwas so Verlockendes, daß wir Polen auf sie wie Fliegen auf den Leim gehen sollten?

Die Verfolgungen der Katholiken in den deutschen Kleinstaaten zeugen keineswegs davon, daß Deutschtum soviel wie Freiheit bedeutet.

Das polizeilich-preußische System, unter welchem die Mehrheit der Staatsbürger stöhnt, erinnert viel mehr an den russischen Absolutismus, als an die Bürgerfreiheit, deren sich z. B. die Engländer und Amerikaner erfreuen.

Kaiser Wilhelm behauptet, Deutschtum heiße Kultur, und zwar behauptet er es an der Wiege der polnischen Nation. Diese Worte könnte man so verstehen, als gäbe es außer der deutschen Kultur überhaupt keine andere mehr, insbesondere aber keine polnische Kultur. Allein auch wir haben unsere eigene Kultur, eine in der ganzen zivilisierten Welt anerkannte und hochgeschätzte Kultur. Diese unsere eigene Kultur, welche uns die Deutschen mit polizeilichen Maßregeln nehmen und durch die deutsche Kultur ersetzen wollen, lieben wir heiß und schätzen wir über alles; dies alles tun wir aber darum, damit sie sich trotz der preußischen Verfolgungen weiter entwickle.

Für uns Polen stellt Deutschtum nicht Freiheit, sondern Knechtschaft dar. Es wäre wohl überflüssig, die täglichen Nadelstiche aufzuzählen, die wir vom Preußentum erfahren, es wäre überflüssig, an die Ausnahmegeetze zu erinnern, unter denen wir leben und die, wenn nicht durch Verletzung der von den preußischen Königen beschworenen Verfassung, so doch wenigstens durch ihre Umgehung beschloffen wurden.

Interessant ist auch die Rede des preußischen Königs an die Geistlichkeit. Es scheint, als ob Kaiser Wilhelm glaube, daß die polnische Geistlichkeit ihre Macht und die Kirche zur nationalen Agitation mißbrauche, daß das polnische Volk die Überzeugung habe, Polentum und Katholizismus sei ein und dasselbe, denn anders kann seine Versicherung, daß unter seiner Regierung jeder Katholik Freiheit des Bekenntnisses habe, nicht verstanden werden. Es ist schwer anzunehmen, daß sich der verstorbene heilige Vater in dieser Weise zu dem Herrscher Preußens geäußert habe. Er müßte denn hinzugefügt haben, die preußische Regierung solle aufhören, die Polen mit Ausnahmegeetzen zu bedrücken, und der polnischen Nationalität Freiheit zu gewähren, denn der heilige Vater wußte genau, welches unsere Lage unter preußischer Herrschaft sei. Übrigens hatte der heilige Vater nicht das mindeste Recht, uns

Polen vorzuschreiben, welche Politik wir in politischer und nationaler Hinsicht betreiben sollten. Der heilige Vater ist einzig und ausschließlich in religiösen und kirchlichen Angelegenheiten unser Oberhaupt. Unsere Ansicht bestätigt übrigens auch die katholische polnische Volkszeitung.

Im übrigen haben die Preußen selbst, insbesondere aber die preußische Regierung, niemals den Päpsten eine solche Macht zuerkannt, daß sie den preußischen oder deutschen Bürgern politische Weisungen erteilen könnten. Sie sehen es sogar ungern, daß der Papst aus Rom den Katholiken in religiösen und kirchlichen Dingen Befehle erteilt.

Der Kulturkampf und die Unterstützung der Feinde der Kirche, wie der Altkatholiken, durch die preußische Regierung sind der beste Beweis, daß die Preußen stets nach Schwächung der kirchlichen Macht des Papstes gestrebt haben. Und jetzt sollten die Preußen Rom sogar politische Rechte zubilligen! Übrigens bedienen sich die Preußen des Papstes nicht das erste mal zu ihrer Politik, wenn ihnen dies zum Vorteil gereicht. Als es sich im Jahre 1887 um militärische Angelegenheiten handelte, berief sich Bismarck, um die Zentrumsleute für sich zu gewinnen, darauf, daß sich der heilige Vater Leo XIII. bemüht habe, die Zentrumsleute zur Abstimmung für die Militärvorlage zu bewegen. Damals schrieb das Hauptorgan der deutschen Katholiken kurz und bündig:

„Diese veralteten und so oft wiederholten Mittelchen, uns in diesen politischen und finanziellen Angelegenheiten mit dem Papste zu drohen, machen auf uns nicht den geringsten Eindruck.“

Der verstorbene Windhorst aber, einer der tüchtigsten Zentrumsleute, der als treuer und musterhafter Katholik galt, erklärte in einer Volksversammlung der rheinischen Katholiken, „daß in weltlichen Angelegenheiten die Zentrumsfraktion sowohl wie jeder Katholik frei seien und nach eigener Überzeugung abstimmen und urteilen dürften, und daß sich der heilige Vater in diese weltlichen Angelegenheiten nicht mische.“

Was den deutschen Katholiken erlaubt ist, steht auch den polnischen Katholiken frei. Treu und gehorjam werden wir dem heiligen Vater stets in religiösen und kirchlichen Fragen sein, in weltlichen Angelegenheiten aber, in unserer nationalen Politik werden wir nach unserer eigenen Überzeugung verfahren. Kaiser Wilhelm hatte vorher in Weissenburg noch eine andere Rede gehalten und gesagt, es sei sein fester und unerschütterlicher Wille, die Ostmarkenpolitik fortzusetzen. Was für uns die Ostmarkenpolitik ist, wissen wir alle sehr gut, denn wir fühlen ihre Faust fortwährend auf unserem Nacken. Der Kaiser darf den festen und unerschütterlichen Willen haben, eine solche Politik solange zu führen, als es ihm der preußische Landtag und der Reichstag gestatten werden, uns Polen aber, die wir als Staatsbürger unsere Pflichten gehörig erfüllen, steht es ebenfalls frei, in den Grenzen der uns zustehenden Rechte diese Politik aufs tatkräftigste zu bekämpfen (denn wir sehen sie als eine für unsere Nation verderbliche Politik an) und alles zu tun, was gesetzlich erlaubt ist, damit diese Politik nicht diejenigen Früchte zeitige, welche von den Preußen erhofft werden, nämlich: die Germanisierung der polnischen Länder.

Wir Polen können von der Rede des preußischen Königs viel lernen. Wie er seine Landsleute zur unermüdblichen Arbeit an der Germanisierung der polnischen Lande ermahnt, wie er versichert hat, er habe den unerschütterlichen und festen Willen, die Ostmarkenpolitik fortzusetzen, so müssen wir auf Schritt und Tritt dessen gedenken, daß wir Wächter unseres Vaterlandes sind, daß wir mit unseren Brüsten den

gegen Polen gerichteten deutschen Ansturm aufhalten, daß an der Weichsel, an der Oder die polnische Wacht emsig ihre Pflicht tut.

Aus Nr. 185 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 13. August 1905:

Wilhelm II. im Großherzogtum Posen.

An die Wiedergabe des Wortlauts der Rede Sr. Majestät in Gnesen knüpft das Blatt folgende Betrachtung:

In anbetracht der heut in Deutschland herrschenden politischen Strömung nahmen wir an, daß die Rede Wilhelms II. von weit schärferen an die Polen gerichteten Worten strohen würde. Haben uns doch die Reden des Königs zu Thorn und Marienburg im Jahre 1894 und zu Posen im Jahre 1902 zu einer solchen Annahme berechtigt. Indes enthalten die einschlägigen Abschnitte, wiewohl sie mit Nachdruck hervorgehoben wurden, nichts derartiges, was wir nicht schon früher gewußt hätten. In Marienburg und Thorn erklärte uns der König, er werde uns seine Gnade nicht erweisen können, wenn wir nicht treuere Untertanen werden würden, und in Posen versicherte er uns, daß es uns erlaubt sei, unsre historischen Erinnerungen und Überlieferungen zu pflegen.

Jetzt in Gnesen warnt er uns einerseits vor der durch historische Erinnerungen leicht erregten Phantasie und versichert uns andererseits der Freiheit in der Betätigung der religiösen Praxis. Außerdem fordert er, daß wir die Andersgläubigen mit dem gleichen Maße messen sollen, mit dem er uns mißt. Weiter gedenkt er einer Begegnung mit dem verstorbenen Papste Leo XIII. und dessen Gelöbnisses von der Treue der unter dem preußischen Zepter lebenden Katholiken. Schließlich identifiziert er das Deutschtum mit der Kultur und Freiheit.

Bei der Kritik der Worte eines Monarchen muß man ungemein rücksichtsvoll sein, besonders in Preußen, wo Strafen wegen Majestätsbeleidigung schier an der Tagesordnung sind.

Wenn wir uns in der Beurteilung der Worte des Königs nicht irren, und wenn wir sie so verstehen, wie sie uns im Druck vorliegen, läßt es Wilhelm II. lieber, wenn wir mit unsrer geschichtlichen Vergangenheit vollständig brächen und die deutsche Haut über uns zögen. Diesen Schluß kann man ziehen aus der übermäßigen Anpreisung des Deutschtums, denn nach seinen Worten soll dieses soviel bedeuten, wie Kultur und Freiheit. Die Deutschen dürfen sich freuen, und gewiß triumphieren auch vor allem die kaiserlichen Reichen, daß das Haupt des preußischen Staates die deutsche Nationalität so hoch anschlägt. Ja doch, möge sich nur jeder dessen freuen, was er besitzt, und möge er es preisen, so viel als möglich. Das ist etwas so Natürliches, daß jeder diesen psychologischen Zustand achten sollte. Dagegen ist es nicht richtig, wenn jemand im Vergleich zu andern Schätzen seinen eignen Schatz überschätzt und neben ihm keinen andern, nicht minder wertvollen anerkennen will.

Ein solcher nicht minder kostbarer Schatz ist für uns unsere Nationalität und unser Polentum.

Wenn Deutschtum dasselbe bedeuten sollte, was Kultur und Freiheit bedeutet, würde es nicht das Polentum knebeln, denn Kultur und Freiheit sind keiner Nationalität in ihrer Entwicklung hinderlich, sondern sie fördern und veredeln sie vielmehr. Indes stößt unsre Nationalität auf tausendfache Hindernisse. Daher

können wir der Ansicht des feine Nationalität liebenden preußischen Königs nicht beipflichten, denn unser polnisches Gefühl sagt uns, daß sich die Sache ganz anders verhält.

Dieser Widerspruch beruht auf verschiedener Auffassung der Pflichten, die uns dem preußischen Staate gegenüber obliegen und die den Deutschen und mit ihnen dem preußischen König hinsichtlich der im preußischen Staate wohnenden Bürger obliegen.

Der preußische König spricht von uns als von seinen Untertanen, er sieht also auf uns wie auf Diener herab, deren erste Pflicht ist, die Größe des Staates im Auge zu haben und seinen Ruhm und sein Ansehen zu erhöhen.

Wir dagegen behaupten, daß nicht die Menschen für den Staat, sondern der Staat für die Menschen da sind. Ehe Staaten waren, gab es schon lange vorher Menschen; die Staaten aber können wieder verschwinden, und die Leute bleiben.

Der Grund, weshalb Staaten entstanden sind, war in erster Linie der Schutz und das Wohl der Menschen.

Erst als sich im Mittelalter im Staate verschiedene Stände gebildet, als sich der Adelsstand den Bauern- und Arbeiterstand und später die Herrscher ihrerseits den Adelsstand unterworfen hatte, entstand der absolute Staat, wurden die Könige unumschränkte Herren, begannen sich die Könige als den Staat anzusehen, welchem die ganze Nation dienen mußte. Damals waren die Staatsbewohner Untertanen.

Jetzt ist es leicht erklärlich, daß die Könige ihre ersten Pflichten vergessen haben, nämlich daß auch sie und ihre Staaten für die im Staate lebenden Menschen da sind. Seitdem wägen und messen sich die Einflüsse der im Staate lebenden Bevölkerung, d. i. die Einflüsse der Bürger mit den Einflüssen der Könige und überhaupt der Herrscher und ihrer Regierungen.

Ebenso verhält es sich mit uns in unserm Verhältnisse zu der über uns stehenden Regierung. Die Regierung glaubt, es sei unsre Pflicht, nach ihrem Kommando zu tanzen, d. h. am Ende auf unsre nationale Sonderstellung zu verzichten und unterwürfige Deutsche zu werden; wir dagegen behaupten, daß es heilige Pflicht der Regierung ist, auf unser zeitliches Wohl eifrig bedacht und unsrer ewigen Erlösung nicht hinderlich zu sein — wie dies während des Kulturkampfes geschehen ist — unser heiliges Recht und unsre Pflicht aber ist es, unsre geschichtlichen Überlieferungen, unsre Nationalität zu pflegen und mit allen Kräften ihre Erhaltung für ewige Zeiten zu erstreben.

Daher hilft nicht einmal etwas der Hinweis des preußischen Königs auf Worte des verstorbenen Papstes. Wir können vielmehr gleichzeitig mit Leo XIII. versichern, daß es uns keineswegs auch nur im Traume einfällt, uns gegen unsre weltliche Macht aufzulehnen, nicht minder entschieden aber behaupten wir, daß auch wir unsre vom Deutschtum bedrohten Ostmarken verteidigen werden. Was den Deutschen erlaubt ist, das steht auch uns frei.

Wir werden den Posten nicht verlassen. Wie ein Granitstein werden wir uns der ewigen germanischen Flut entgegenstellen, und wir haben im Vertrauen auf Gott die Hoffnung, daß die deutschen Wogen an unserem polnischen Geiste zerschellen werden.

Wie der preußische König in Gnesen von seinen Deutschen Ausdauer auf dem Posten verlangt, ebenso muß sich die polnische Nation sagen und feierlich schwören, daß wir uns vom heutigen Tage ab mit verdoppelter Tatkraft und Ausdauer gegen die deutschen Gelüste wehren werden. Rufen wir den Deutschen als Antwort zu: Bis hierher und nicht weiter!

Aus Nr. 184 des Głos Śląski (Gleiwitz)
vom 13. August 1905.

Die Rede Kaiser Wilhelms in Gnesen.

Nach Wiedergabe des Wortlauts der Kaiserrede schreibt das Blatt weiter:

Daß der Kaiser die Polen an ihre Pflichten gegen den preußischen Staat gemahnt hat, darin liegt nichts Sonderbares. Wir Polen, politisch an den preußischen Staat gekettet, sind uns unserer Pflichten wohl bewußt, wir erfüllen sie so, wie es die preußische Verfassung vorschreibt. Auch darin liegt nichts Sonderbares, daß Papst Leo XIII. dem Kaiser erklärt hat, die Katholiken seien treue Untertanen des preußischen Staates. Papst Leo XIII. konnte dies mit ruhigem Gewissen sagen; denn nicht wir Polen stiften Verschwörungen, Verrat an, nicht wir Polen setzen Aufstände und Revolutionen ins Werk, sondern die Habsbisten reden uns dies ein und beschuldigen uns dessen ohne Unterlaß.

Dagegen verlangen wir Polen, Bürger des preußischen Staates, die dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, Gleichberechtigung mit der deutschen Bevölkerung. Der hl. Vater konnte sagen, er leiste für die Treue aller Katholiken unter dem preußischen Zepter, mithin auch der polnischen Katholiken Gewähr, aber dieselben katholischen Polen haben in der preußischen Schule nicht einmal das polnische Gebet. Zwar sagte der deutsche Kaiser, er wolle die Religion der katholischen Polen achten, andererseits aber verkünden die ewigen Wahrheiten unserer hl. Kirche, daß der Religionsunterricht insbesondere den Kindern in ihrer Muttersprache, mithin den polnischen Kindern in polnischer Sprache erteilt werden müsse. Indes ist der polnische Religionsunterricht aus den preußischen Schulen verdrängt worden, und auf alle Beschwerden und Bitten, welche in dieser Beziehung die polnische Bevölkerung und die polnischen Abgeordneten vorbringen, nehmen die Minister Kaiser Wilhelms keine Rücksicht.

Außer der Religion haben wir Polen auch ein Recht auf unsere Muttersprache, unsere polnische Nationalität und unsere polnische Kultur. Die Habsbisten aber erklären uns in dieser Hinsicht den Krieg auf Leben und Tod.

Der Kaiser sagte zur polnischen Geistlichkeit, sie solle dessen eingedenk sein, was ihm Leo XIII. versprochen habe, und sie solle darüber wachen, daß der Papst nach seinem Tode dem deutschen Kaiser gegenüber nicht wortbrüchig werde.

Das konnte der deutsche Kaiser dreist sagen, denn wir Polen sind uns, wie wir bereits oben erwähnt, unserer Zugehörigkeit zum preußischen Staate wohl bewußt. Wir sind uns aber auch dessen bewußt, daß der alte Bismarck, der Schöpfer des deutschen Reiches und erste Minister des Großvaters des jetzigen Monarchen, öffentlich im preußischen Landtage gesagt hat, daß die Versprechungen der preußischen Könige, die sich auf die polnische Bevölkerung bezögen, keinen Pfifferling wert seien. Und nach dem Rezept des alten Bismarck pflegt auch der heutige Kurs der polenfeindlichen Politik angewendet zu werden. Wenn es sich um die Polen handelt, beruft sich der heutige Reichskanzler Graf Bülow stets auf den alten Bismarck.

Kaiser Wilhelm forderte die Deutschen zur Pflege der deutschen Kultur auf, er ermahnte sie, auf dem Posten auszuharren, denn dies verlange die Pflicht gegen das Vaterland und Deutschland, er warnte sie, ohne Rot Land zu veräußern, sonst verjündigten sie sich schwer gegen das Vaterland und Deutschland. Die Deutschen können sich freuen, daß sie einen solchen Kaiser haben, der sie zu einer solchen Arbeit und zur Erfüllung der nationalen Pflichten ermuntert.

Wir Polen haben keinen polnischen König, der uns an unsere nationalen Pflichten mahnen würde. Umso mehr müssen wir über uns selbst wachen, umso mehr müssen wir uns selbst ermahnen, denn neben den Pflichten gegen den preußischen Staat, die uns das preußische Gesetz und die Verfassung vorschreibt, haben wir noch Pflichten gegen unsere Muttersprache, gegen unsere polnische Nationalität.

Möge die in Gnesen gehaltene Kaiserrede für uns Polen ein Ansporn zur Arbeit sein, die, dem Kaiser gebend, was des Kaisers ist, darüber wachen wird, daß wir, als Polen geboren, Polen bleiben und unsere Kinder zu Polen erziehen werden. Von diesem Wege darf uns nichts abwendig machen, und nach dieser Richtung hin müssen wir unsere Wachsamkeit, unsere Tatkraft entfalten, um uns und unseren Kindern das polnische Dasein und unsere nationale Existenz zu sichern.

Aus Nr. 183 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 12. August 1904:

Die zweite Rede Kaiser Wilhelms.

Erst heute und zwar — was eine charakteristische Sache ist — durch den Lokalanzeiger erfährt die Welt, daß der deutsche Kaiser Wilhelm II. auf polnischer Erde noch eine Rede politischen Inhalts gehalten hat. Sie ist bedeutend kürzer als die, welche er in Gnesen hielt, entsprechend der Gelegenheit, bei welcher sie gehalten wurde. Gemeinjam mit der Gnesener Rede hat sie das, daß sie sich ebenso wie jene nicht durch eine hinreichende und gründliche Kenntnis der politischen Verhältnisse in den polnischen Landesteilen auszeichnet, woraus hervorgeht, daß der Kaiser seit langem über die polnische Bevölkerung und über die Arbeit der Habsbisten ungenügend informiert wird.

Die zweite Rede, welche der Zeit nach eigentlich die erste ist, die aber heute erst zur Kenntnis der Allgemeinheit gebracht wurde, hielt der Kaiser gleich am zweiten Tage seines Aufenthalts auf dem Truppenübungsplatz Biedrusko, den man in Weissenburg umgetauft hat.

Nach Beendigung der Übungen versammelte der Kaiser alle Regimenter um sich in die Nähe des früheren Biedruskoer Gutshofes und hielt an das Posener Regiment der reitenden Jäger (grün-gelber Waffenrock, am Sonntag und an Feiertagen schwedische Koller) die nachstehende Rede: (Es folgt der Wortlaut.)

Aus Nr. 181 des Czas (Krakau)
vom 10. August 1905:

Die Rede in Gnesen.

In dem Augenblicke, wo das Programm der Reise Wilhelms II. nach Gnesen in halbamtlichen Blättern auftauchte, ließ sich ein sonderbares Rauschen „aus dem deutschen Blätterwalde“ vernehmen und zwar von der Ostseite her, gerade derjenigen Seite, welche die Ehre der kaiserlichen Spazierfahrt erfahren sollte. Einen Augenblick konnte es scheinen, als ob die habsbistische Presse ihre gewöhnlichen Töne des Entzückens und Triumphes vergessen habe, indem sie statt dessen der Feder ein gewisses treu untertäniges Mißbehagen und Unzufriedenheit entlockte.

Die Gründe hierfür wurden nicht geheim gehalten. Das offizielle Programm des Aufenthalts Wilhelms II. in Gnesen umfaßte u. a. einen Besuch der Kathedrale und einen Empfang durch den Erzbischof v. Stabilewski in pontificalibus an der Spitze der Geistlichkeit.

Die hafatistische Presse war untröstlich. Der Kaiser, ein Deutscher, in der Kathedrale, welche die Reliquien des hl. Adalbert, die Asche der Dombrowka birgt! Der König von Preußen, empfangen von dem „Primas Polens“ — dieser Titel eignete sich besonders für Zeitungsartikel — in dessen früherem Sitz! . . . Dieser düstere Gedanke trat weder vor dem Besuch der Flotte zurück, die kurz vor der Reise nach Gnesen angekündigt wurde, noch vor der Automobilfahrt durch das Großherzogtum, noch vor dem „Ehrentrunk“, welchen der Bürgermeister der uralten deutschen Stadt Gnesen dem Kaiser von Deutschland nach uralter deutscher Sitte darreichen sollte. Die Verteidiger der Ostmarken erklärten mit deutscher Offenheit, daß ein Besuch der Kathedrale die deutsche Kultur im Osten untergraben werde, und zwar deshalb, weil die polnischen Agitatoren dem unerfahrenen Volke den Besuch in einem dem Hafatismus feindlichen Sinne deuten würden. Das betörte Volk werde glauben, daß der Kaiser und König das vom „Ostmarkenverein“ unternommene Werk verurteile.

Heut früh traf in amtlicher Fassung die Beschreibung der Anwesenheit Wilhelms II. in dem seit uralten Zeiten bestehenden Mittelpunkt deutscher Kultur ein. Es ist möglich, daß sich in späteren und genaueren Mitteilungen der vorläufig vergessene oder übergangene Augenblick des Besuchs in der Kathedrale — wenn er trotz der Proteste überhaupt stattgefunden hat — vorfinden wird. Gegenwärtig ist nur das eine sicher, daß der Moment des „Ehrentrunkes“ und die diesen begleitende Ansprache imstande wäre, die ganze Schlaubheit der polnischen Agitatoren selbst dann zu paralisieren, wenn Kaiser Wilhelm II. vorher sogar alle katholischen Kirchen des urdeutschen Gnesen und dessen Umgegend besucht hätte. Der Kaiser sprach noch einmal mit dem Nachdruck, welcher nichts zu wünschen übrig läßt und welcher, wenn es sich um internationale Angelegenheiten handelt, schon so oft die verantwortlichen Minister des nicht verantwortlichen Herrschers in Verlegenheit gebracht hat.

Hier kann freilich von einer Verlegenheit irgend jemandes keine Rede sein. Der Kaiser behandelte die Frage einer Nation, die in Preußen, wo neben den deutschen Eingeborenen der Stammbewölkerung auch „polnisch sprechende Preußen“ vorhanden sind, eigentlich nicht besteht, — einer Nation, deren Flotten und Heere in keinem Gotha'schen Almanach zu finden sind, kurz einer Nation, die ohne Umschweife und ohne die einer Bekanntmachung vorangehende Zensur besprochen werden darf.

Natürlich wird niemand glauben, daß sich die höchsten Sphären des Staates, in welchem der Wahlspruch „regis voluntas suprema lex esto“ so laut wiederholt wird, daß sich diese Sphären nach den Weisungen der Presse richten werden. Es ist zweifellos nur ein Zufall, wenn jedes Mitglied des „Ostmarkenvereins“ aus der Rede Kaiser Wilhelms sofort den Schluß zieht, der Kaiser wolle den Klatschereien polnischer Agitatoren, daß in Berlin den Pionieren der Ostmarken unfreundliche Strömungen zu wehen begönnen, erfolgreichst entgegentreten. Nur das ist gewiß, daß ein solcher Schluß nicht bloß anzunehmen, sondern notwendig ist, und es werden ihn mit Enthusiasmus alle diejenigen aufnehmen, welche mit banger Furcht erwarteten, daß die Gnesener Kathedrale das Grab der gegenwärtigen Politik im Osten des Staates werden würde.

„Auf deutscher Seite wird in der Fortführung des Kulturwerkes nicht nachgelassen werden“ . . . „Wer als Deutscher ohne Grund seinen Besitz im Osten veräußert, der versündigt sich an seinem Vater-

lande“ . . . Das genügt. Der Patriot aus dem Osten hat sich beruhigt. Die Ansiedelungskommission wird neue Millionen erhalten, die Ostmarkenzulage wird wie bisher in ununterbrochenem Strome weiter fließen. Höchstens jener Abschnitt von der Landveräußerung . . . Ein guter Sohn des Vaterlandes steht manchmal vor dem Dilemma: Soll ich der Ansiedelungskommission billiger verkaufen, oder einem Polen teurer? Wodurch wird das Kulturwerk kräftiger gefördert werden? Das ist vielleicht der einzige Zweifel eines deutschen Gewissens den Polen gegenüber, der Zweifel, den die Kaiserreden bis jetzt noch nicht gehoben haben und der nach dem Gnesener Tage weiter besteht, übrigens aber nicht zum Schaden des deutschen Pioniers. In dubiis libertas.

Dieser Freiheit, der deutschen Freiheit widmete der Kaiser den letzten Teil seiner Rede, die gewiß infolge unrichtiger Wiedergabe mittelst des Telegraphendrahtes so unklar und stellenweise so unwahrscheinlich klingt, daß es schwer hält, mit kritischem Maßstabe an sie heranzutreten, wenn dieser überhaupt angelegt werden soll. Es erscheint geradezu unglaublich, daß dem Munde des preußischen Königs, der unlängst die Erhöhung des Fonds für die Ansiedelung und die Parzellierungsnovelle sanktioniert hat, daß dem Munde dieses Königs die Worte von den polnischen Untertanen ent schlüpft sein könnten, die noch nicht glauben, ob sie Schutz und Recht unter dem Hohenzollernbanner finden; es erscheint unglaublich, daß diese Worte unmittelbar der Versicherung, das Kulturwerk werde fortgeführt werden, vorangegangen sein und mit dem förmlichen Verbot der Veräußerung deutscher Besitzungen unter Androhung der Ehrlosigkeit in Einklang gesetzt werden könnten! Schwer begreiflich erscheint schließlich der sich auf die „Untertanentreue der polnischen Katholiken“ beziehende Passus. Wer da weiß, welche Verdächtigungen gegen die Polen erhoben werden, und von welchen Stellen aus in Preußen dies geschieht, obgleich die Polen hundertmal und täglich das vom Hafatismus und seiner Presse allenthalben hingestellte Revolutionsgespenst in Abrede stellen, wer da den Sinn auch nur aus der beiläufig gemachten Bemerkung von der „durch Pflege geschichtlicher Erinnerungen angeregten Phantasie“ und aus den „falschen Schlüssen“, welche „begeisterte Gemüter“ daraus ziehen, herauschält, der wird erstaunt und unglaublich die zu Gnesen in einer solchen Form und in einem solchen Tone abgefaßten römischen Erinnerungen lesen . . .

Überdies wissen sicherlich nicht nur die polnischen, sondern auch die deutschen Katholiken, welchen Maßstab sie an die Versicherungen der religiösen Toleranz, die mit Ankündigungen weiterer Ansiedelung und damit zusammenhängender Protestantisierung verknüpft sind, anzulegen haben. Nur zu wachsam und zu erfahren ist auch das Zentrum, als daß es sich jemals bei der Verteidigung seiner Position einschläfern lassen sollte, der Position, die nicht durch irgend jemandes Zuneigung oder Abneigung geschützt wird, sondern durch die innere Kraft der Kirche, durch diejenige Kraft, die schon einmal das Schwert des Kulturkampfes zerschmettert hat und die dies wiederholen könnte. Wenn jedoch Wilhelm II. von der Freiheit für jeden, von der Freiheit in Religion, Gesinnung und Betätigung spricht, die mit Deutschtum gleichbedeutend sein soll, so genügt es, den Anfang der mit dieser Dithyrambe geschlossenen Rede anzusehen, genügt es, die Ankündigungen weiterer Ausrottung durchzulesen, genügt es schließlich, die letzten Zeiten und die Horoskope der Zukunft in Betracht zu ziehen, um zu verstehen, daß die Gnesener Freiheit derjenigen Freiheit, die wir

schon aus der Geschichte im Posen'schen kennen, jener berühmten, traditionellen „Freiheit, die ich meine!“ in nichts nachsteht.

Aus Nr. 182 der Nowa Reforma (Kraſau)

vom 11. August 1905:

Wilhelm II. in Gnesen.

Als vor einigen Wochen die Nachricht sich verbreitete, Wilhelm II. werde sich gelegentlich der diesjährigen militärischen Übungen in der Umgegend Posen's auch nach Gnesen begeben und er werde sich dort an der Pforte des Domes des heiligen Adalbert von dem Erzbischof von Gnesen-Posen begrüßen lassen, dabei auch eine Rede halten, da bemächtigte sich der polnischen Gesamtheit eine unangenehme Unruhe. Es war das keine Furcht vor neuen Drohungen oder vor der Ankündigung neuer Schläge durch den Herrscher Deutschlands. An seine Drohungen sind wir nämlich schon so gewöhnt, daß sie auf uns keinen tieferen Eindruck machen, was aber die preußischen Schläge anbetrifft, so haben sie für uns bereits ihren ursprünglichen Schrecken verloren, seitdem wir uns überzeugt haben, daß die moralische Kraft der polnischen Bevölkerung im preußischen Anteil zur erfolgreichen Abwehr derselben hinreicht. Doch war es das Vorgefühl einer neuen schmerzlichen Demütigung. Schon an und für sich der Gedanke, daß da, wo die Wiege des polnischen Reiches und der polnischen Kirche gestanden hat, wo aus jeder Hand breit Erde und jedem Stein zu uns der Geist des großen Boleslaus spricht, daß in dem Heiligtum, zu welchem ein anderer deutscher Kaiser eine demütige Pilgerfahrt gehalten hatte, heut sich kreuzzitterlicher Hochmut breit machen und uns gegenüber das höhrende Wort „Vae victis!“ fallen werde, daß der Primas Polens gezwungen sein werde, gerade an dieser für uns heiligen Stätte der uns bedrückenden Übermacht eine Huldigung darzubringen, — alles das war für jedes polnische Herz unermesslich unangenehm, umso unangenehmer, als es uns an der Möglichkeit und Kraft fehlt, den mit dieser Art Bitterkeit gefüllten Kelch von uns abzuwenden. Es scheint jedoch, daß diesmal die Demütigung geringere Ausdehnung angenommen hat, als wir voraussehen. Wilhelm II. kam nach Gnesen am gestrigen Tage. Über sein Verweilen in dieser Stadt heben wir bis zu diesem Moment nur eine aus halbamtlicher deutscher Quelle geschöpfte Mitteilung hervor. Es ist aus ihr zu schließen, daß, sofern später nicht noch ein zweiter Akt gefolgt ist, das ursprüngliche Programm dieser kaiserlichen Invasion einer Änderung unterworfen wurde, daß die Tragödie sich in eine Operette verwandelt hat.

Wilhelm II. kam mit der Bahn nach Gnesen. Auf dem Marktplatz begrüßten ihn die deutschen städtischen Behörden, und der Bürgermeister der Stadt, ein ihr aufgedrängter deutscher Beamter, reichte unter Begrüßung mittelst einer Ansprache den mit Wein gefüllten Ehrenbecher. Der Kaiser dankte ihm für den Empfang, äußerte seine Freude darüber, daß dort die deutsche Kulturarbeit, wenn auch schwer, so doch wacker fortschreite, und hierauf ließ er sich etwa wie folgt vernehmen.

(Es folgt der auf die Polen sich beziehende Absatz der Rede.)

Das ist alles, was man auf dem alten Gnesener Marktplatz aus seinem Munde gehört hat. Es könnte scheinen, daß seine üppige Phantasie ihn in diesem Augenblick verlassen habe. Das nämlich, was er gesagt hat, ist mit Ausnahme dessen, was er von Leo XIII.

erwähnte, gewissermaßen eine wörtliche Wiederholung der uns wohl bekannten kaiserlichen schriftstellerischen Aussprüche.

Um den Zweck und die Bedeutung dieser kaiserlichen Worte, die hauptsächlich das konfessionelle Gebiet betrafen, recht zu verstehen, muß man sich zwei beständige Behauptungen der kaiserlichen Presse gegenwärtigen: die erste, daß die polnischen Agitatoren nur damit das ganze polnische Volk in den Strudel ihrer nationalen Bestrebungen zu ziehen vermocht hätten, daß sie ihm eingeredet hätten, auch seine Religion sei bedroht; — die zweite, daß die im Posen'schen angesiedelten Deutschkatholiken sich unter dem Einfluß der polnischen Geistlichkeit polonisieren und dann die polnischen Reihen verstärken.

Wilhelm II. beschloß, dem polnischen Volk persönlich zu versichern, daß es bei der Erfüllung der religiösen Praktiken nicht werde gehindert werden, und gleichzeitig durch die Erwähnung des von Leo XIII. abgegebenen Versprechens, die Deutschkatholiken zu beschwören, dem Deutschtum und dem Kaiser treu zu bleiben.

liest man diesen Abschnitt seiner Rede, so fällt es schwer, sich einer gewissen Heiterkeit zu erwehren. Dazu ist also diese hochtönende kaiserliche Manifestation veranstaltet worden, um gegen Windmühlen zu kämpfen; — denn tatsächlich entbehrt eine jener Behauptungen des Kataklysmus gleich der anderen heut jeder Grundlage. Das polnische Volk weiß wohl, um was es kämpfen muß, und die Deutschkatholiken in den polnischen Landen haben seit langem aufgehört, sich zu polonisieren. Doch davon abgesehen, hat der kaiserliche Redner auch noch in anderer Hinsicht nur den bekannten kaiserlichen Eskapaden Ausdruck verliehen, und namentlich als er denjenigen Deutschen in den polnischen Grenzmarken Treue und Glauben absprach, welche ihr Land an Polen verkaufen.

Das, was er außerdem gewissermaßen aus eigener Initiative in Gnesen gesagt hat, weicht von den Tatsachen und von der Wirklichkeit weit ab.

„Deutschtum bedeutet Kultur und Freiheit für jeden in religiöser Hinsicht, im Denken und Tun...“ Schöne Freiheit, wunderbare Kultur! Ihre Spuren bezeichnen doch heut auf polnischem Boden die Tränen und Seufzer der polnischen Bevölkerung. Mitfüßentreten alles dessen, was dieser Bevölkerung heilig und teuer ist, gewaltsame Fortnahme uralten polnischen Bodens, Entreißen des letzten Brotes den Polen, Qualen der polnischen Kinder, Unterdrücken des polnischen Gedankens und des polnischen Geistes, — Willkür und Bedrückung auf Schritt und Tritt, — das sind die Wege, die Mittel und die Früchte dieser preußischen Freiheit und Kultur! Es kennt sie die gesamte polnische Nation, die ganze Welt! Und angesichts dessen wird die Gnesener Kaiserrede überall, wohin sie außerhalb der Wohnsitze der Deutschen gelangt, nur Verwunderung und Unbehagen hervorrufen.

Die Ankündigung, daß die antipolnische Politik keine Unterbrechung erfahren werde, haben wir schon übergenug aus dem Munde der preußischen Minister gehört.

Nichts Neues hat uns mithin in der Reichstadt der „geborene Redner auf dem Throne“ gesagt. Und die Tatsache, daß man dem Primas von Polen erpartete, ihm vor den Pforten des Doms eine erzwungene Huldigung darzubringen, nimmt diesem kaiserlichen Ausflug jede ernstere Bedeutung.

Versichern können wir auch Kaiser Wilhelm II., daß auch diese seine Worte der Wind verwehen wird ohne Echo. Wir werden auch fernerhin durch „Pfleger der historischen Erinnerungen“ unsere Phantasie anregen, damit sie nie aufhöre, daran zu glauben, daß der

einstige Ruhm Gnesens von neuem aufleben wird, aber auf dem Hintergrunde der Demütigung des deutschen Hochmuts und der Wiederkehr des einstigen Glanzes Polens. Gnesen ist und bleibt unser!

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 184 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 13. August 1905:

Brief

des hochwürdigsten Herrn Erzbischof von Gnesen-Posen
Florian Dłzga Stablewski

an

den hochwürdigsten Herrn Erzbischof von Warschau
Wincent Choscial Popiel.

Der Herr Erzbischof Wincent Popiel hat vor kurzem in der Schulangelegenheit einen Hirtenbrief erlassen. Ein Exemplar desselben hat der Herr Erzbischof von Warschau an den Herrn Erzbischof von Gnesen-Posen gesandt. Der letztere beantwortete die Sendung mit einem schönen Briefe, den wir hier als überaus schätzbares und beredtes Dokument wörtlich wiedergeben.

Posen, den 2. August 1904.

Hochwürdigster Herr Erzhirte!

Ich danke Ew. Erzbischöflichen Gnaden herzlich für den gefälligen Brief und das mir übersandte an die polnischen Eltern gerichtete Rundschreiben.

Mit tiefer Rührung habe ich diesen Hirtenbrief gelesen. Es sind das wahrhaft begeisternde Worte der Beschwörung und Mahnung. Es ist unmöglich, daß sie nicht in die Elternherzen dringen und sie nicht anregen sollten, ernst und energisch gegen die Versäumnung des Unterrichts durch die Jugend, sowie gegen die Drohungen versteckter Agitatoren aufzutreten, unter denen sich vielleicht viele ohne christliche Grundsätze und ohne Glauben befinden.

Der Umstand, daß die verderblichen Folgen, welche das Einstellen des Unterrichtsbesuchs für die Kinder, für die Familien und für die ganze Volksgeamtheit haben muß, vor den Augen der Eltern so flargelegt sind, sollte diesen die Augen öffnen. Aber auch die Jugend selbst sollte es überzeugen, daß sie sich selbst und das Land ins Unglück stürze, wenn sie sich von dem Gange des Herzens und nicht von den Ratschlägen eines erfahrenen Mannes leiten läßt, dessen Mühen und Leiden unsere Geschichte kennt und hochschätzt. Diese apostolische Stimme von Ihrem Erzbischöflichen Stuhl her wird untrüglich bewirken, daß die Volksgeamtheit und die Jugend sich von dem unglückseligen Terrorismus freimachen wird und daß die geweckten edleren Empfindungen dieser Stimme des greisen Führers folgen werden. Denn ich kann unmöglich annehmen, daß die dortige Jugend die Pflicht des Gehorsams, der Ehrerbietung und Achtung vor verdienten und angesehenen Männern, denen doch das Wohl und das Glück des Landes und der Nation nicht minder am Herzen liegt, als ihnen, soweit vergessen haben sollte. Das Maß des Werts der Jugend ist stets das Verständnis dafür, daß ihr nicht zusteht, die Nation zu leiten, sondern ihr zu dienen und nur durch einen solchen Dienst unter der Leitung erprobter Männer kann sie die Bürgerschaft für den Segen Gottes geben. Indem ich Ew. Erzbischöflichen Gnaden für die Gebete für meine Gesundheit danke, versichere ich, daß ich, die Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten, mit denen Ew. Erzbischöfliche Gnaden kämpfen müssen, wohl und tief fühlend, meine täglichen Gebete für Sie und Ihre sehr edlen Absichten vereine.

Indem ich Ew. Erzbischöfliche Gnaden und Ihre erzhirliche Arbeit der Gut und Gnade Gottes empfehle, füge ich den Ausdruck tiefster Ehrerbietung bei.

Ergebenst und verbindlichst
† Florian
Erzbischof von Gnesen-Posen.

* * *

Der Goniec Wielkopolski (Posen)

bringt in Nr. 185 vom 15. August als Antwort auf obigen Brief nachstehenden Artikel:

„Nachstehend bieten wir als Antwort auf obigen Brief einige von einem Bürger aus dem Königreich Polen niedergeschriebene Worte. Er weilte einige Tage lang zufällig in Posen und schrieb uns nach dem Erscheinen des Briefes des Herrn Erzbischofs was folgt:

Roma locuta est.

Zwei Leute, welche in ihrer Volksgeamtheit leitende Stellen einnahmen, zwei unantastbare Leute, weil sie Gesalbte Gottes sind, zwei Männer, mit denen man nicht diskutieren darf, weil das Verwerfen ihrer Worte als Irreligiosität ausgelegt wird, zwei solche Männer haben hinsichtlich der Lage des Schulwesens im Königreich ihre Meinung geäußert. Erzbischof Popiel hat einen Aufruf an die Schuljugend veröffentlicht und Erzbischof v. Stablewski hat diesen Aufruf bestätigt. „Roma locuta est.“ Es ist hier nicht der Ort, die Verdienste zu erörtern, die Erzbischof Popiel in der nationalen Sache sich erworben hat, die Verdienste, deren Erzbischof von Stablewski in seinem Briefe Erwähnung tut. Es ist noch nicht die Zeit, die Leiden und Mühen zu betrachten, die dem Erzbischof v. Stablewski seine jetzige Krankheit zugezogen haben. Solange die Geschichte diese Verdienste, diese Leiden und Mühen nicht unparteiisch würdigen wird, gestatte ich mir, mich für einen Moment von ihrem niederdrückenden Eindruck loszumachen und ein paar Worte des Protestes und der Antwort zu veröffentlichen.

Es fordert also der Hochwürdigste Posener Erzhirte, die Worte des hochwürdigsten Warschauer Erzhirten bestätigend, die Jugend auf, in ihrem Innern edlere Empfindungen zu wecken und in die russische Schule zurückzukehren.

Mein siebzehnjähriger Sohn, der sich der Tragweite seiner Handlungsweise wohl bewußt ist, der weiß, daß er wahrscheinlich die materielle Zukunft opfert, hat also erklärt, er wolle in der russischen Schule nicht weiter bleiben, da ihn dort jedes Wort schmerzt und demütigt, da man ihn dort nicht bildet, sondern ihn herabzuwürdigen, seine Fähigkeit und seine Vernunft zu vernichten sucht, — und er ist nebst seinen Kollegen aus dieser Schule ausgetreten. Ich als Vater habe ihn gelobt und seine Forderungen der Regierung gegenüber unterstützt. Und heute soll er in diese russische Schule zurückkehren, in diese Folterkammer, — er soll das nicht halten, wozu er sich verpflichtet hat, er soll das Leben mit einer Lüge beginnen, — und ich armer Vater, der über seine erschütterte Zukunft weint, der ich aber stolz darauf bin, daß Gott ihn zum Werkzeug erkoren hat, um den Feind zu beugen, ich soll ihm befehlen, sich herabzuwürdigen, ich soll in ihm das wecken, was Ew. Hochwürden „edlere Empfindungen“ nennen?!

Im 12. Jahrhundert haben sich christliche Kinder aufgemacht, um das heilige Land zu befreien, und sie haben den Weg, dessen Ende sie nicht erreichten, mit einer langen Reihe von Grabhügeln gekennzeichnet. Unsere Kinder im Königreich Polen haben sich aufgeopfert, um die polnische Schule zu erringen, — aber

ungeachtet der Verluste, die sie erleiden, ungeachtet der Hindernisse, die ihnen sogar von einem Teile der eigenen Volksgeamtheit in den Weg gelegt werden, ungeachtet Beredens und Befehlens von oben her werden unsere Kinder nicht zurückweichen. Euren Verdiensten, hochwürdigste Erzhirten, werden Eure Briefe zugerechnet werden, zu Euren Leiden und Mühen wird hinzukommen, daß die Volksgeamtheit auf Eure Stimme nicht hören wird. Vane Roma locuta est!

* * *

Obigen Worten, die wir ohne Vorbehalt wiedergeben, fügen wir unsererseits folgendes hinzu:

Über den Inhalt des Briefes, welcher der Reihe versöhnungsparteilicher Glabore Neues nicht hinzufügt, werden wir nicht diskutieren. Die darin berührten Momente, wie die Worte von den versteckten Agitatoren ohne christliche Grundsätze und Glauben, vom „unglückseligen Terrorismus“, der Umstand, daß man die Gegner des Streiks „Männer von Verdienst und Ansehen“ nennt, alles das sind keine neuen Sachen, — sie sind so vielfach besprochen, daß es wohl überflüssig ist, darüber nachzudenken. Außer diesen Momenten ist noch eines, die Bemerkung von den „edleren Empfindungen“, aber auch darüber hat sich unser obiger Korrespondent ganz in unserm Sinne ausgelassen.

Wir lassen es bei allgemeinen Bemerkungen bewenden. Es könnte jemand sagen, der Brief des Herrn Erzbischofs sei ein Privatbrief ohne politische Tendenz. Es wäre so, wenn der Brief nicht in der Presse veröffentlicht worden wäre. Mit dem Moment, in welchem der Brief in den Spalten des Dziennik Poznański erschien — und es hat dies nur geschehen können mit Wissen und Willen, wenn nicht auf Initiative des Erzbischofs — hört er auf, private Bedeutung zu haben und er nimmt politischen Charakter an.

Wir haben wiederholt dargetan, daß die Briefe der Jelenki, Popiel, Strażewicz (bekannte polnische Versöhnungsparteiler in Russisch-Polen. Red. d. Ges.-Ab.) ein Abtrünnigwerden gegenüber der nationalen Idee sind, daß sie für uns verderblich sein könnten, wenn die Volksgeamtheit auf sie hörte, den oben genannten Personen hat sich der Erzbischof von Gnesen-Posen, Herr Florian Dłıza Stablewski, der **Primas von Polen**, angeschlossen.

Der Herr Erzbischof trägt bis heutigentags den Titel „Primas von Polen.“ Als solcher hat er außerordentliche Rechte und Privilegien, er ist der Obere nicht nur der Diözese, sondern Haupt des gesamten katholischen Polens. Er allein von allen Erzbischöfen und Bischöfen der Welt hat das Recht, den Kardinalpurpur zu tragen. Der Primas Polens war in herrscherlosen Zeiten das Haupt der gesamten polnischen Nation. Wir haben auch heute keinen eignen König.... Als mit außerordentlichen Rechten Begabter hat der Primas Polens auch außerordentliche Pflichten..... In letzter Zeit hat der Herr Erzbischof wiederholt den Beweis dafür geliefert, wie er seine Pflichten gegenüber der Nation auffaßt. Erzbischof von Stablewski hat aus Anlaß des Gnesener Festes angeordnet, daß in allen katholischen Kirchen Gnesens die Glocken geläutet würden, daß auf dem Turme des Doms eine schwarz-weiß-rote Fahne ausgehängt werde und er hat befohlen, daß die gesamte Gnesener Geistlichkeit auf dem Marktplatz Aufstellung zu nehmen habe, um an der deutschen Feier teilzunehmen.

Wir brauchen kaum hinzuzufügen, daß ein solches Verhalten in ganz Polen, so weit und breit es ist, ein Gefühl ungeheuren Schmerzes hervorgerufen hat aus Anlaß der erfahrenden Demütigung.

Wir verkennen übrigens die großen Schwierigkeiten nicht, auf welche der Erzbischof von Gnesen-Posen in seiner Stellung stößt.

Die preussische Regierung mischt sich unausgesetzt in unsere kirchlichen Angelegenheiten, auf jedem Schritt ihre Herrschaft über die Kirche betonend. Rom, das persönlich um die Autonomie der Kirche so besorgt ist, toleriert wenigstens in rein kirchlichen Angelegenheiten in Preußen das Verhältnis der Regierung zur Kirche, und unsere Bischöfe finden in dem Kampfe gegen das preussische System in Rom keine Unterstützung. Das alles darf man heute nicht vergessen.

Aber gedenken wir auch der ungeheuren Pflichtenlast, mit welcher die Stellung des Oberen unserer Diözese verbunden ist.

Heute, wo die gesamte polnische Nation die grauamsten Leiden zu ertragen hat, wo es großer Geistesstärke bedarf, um in dem Kampfe um die nationale Existenz nicht zu erliegen, heute sollte der Primas von Polen uns allen als Beispiel der Festigkeit und Mannhaftigkeit voranleuchten. Wenn der Erzbischof in unserer gegenwärtigen Stellung eine passive Haltung einnimmt, so erfüllt er schon in diesem Falle seine Pflicht nicht, indem er die nationale Standarte verläßt. Aber der Primas, der geistige Führer der Nation, ladet eine um so schwerere Schuld gegenüber der Nation auf sich, wenn er unter die Standarte des Feindes flieht, indem er sich zur Entnationalisierungspolitik mißbrauchen läßt. Wenn der Erzbischof, der Primas, auf jedem Schritte Zugeständnisse an unseren heiligsten Gerechtsamen macht, an Gerechtsamen, die wir mehr schätzen als das Leben, wenn er sie zu entreißen gestattet, wenn er die Hand zu diesem Werke bietet, wenn er ferner in einem Briefe wie dem obigen, zu welchem ihn zu veranlassen niemand ein Recht gehabt hat, unsere edelsten Bestrebungen niederzuhalten beabsichtigt und in dem Kampfe, der ebenso schwer und sauer wie ehrenvoll für uns ist, uns gegenübertritt, wie kann er sich da auf die Pflicht berufen, dem Lande und der Nation zu dienen!? Wie kann der Primas von Polen das Recht fordern, der Nation Weisungen zu erteilen, wenn er selbst im gegnerischen Lager steht? Zwar ist seine Stellung überaus schwierig, sie fordert Geisteskräfte und eine Hingebung, die fast an Märtyrertum grenzt; aber wir wiederholen nochmals, daß man von dem Primas Polens, dem geistigen Führer der Nation, letztere fordern kann und muß, daß er nicht nur in kirchlichen Angelegenheiten an der Spitze schreite, sondern auch im Kampfe um unsere nationalen Rechte.

Aus Nr. 30 des Kraj (Petersburg)

vom 29. Juli (11./8.) 1905:

Im Dziennik Poznański erschien ein den Schulstreik betreffender Artikel, welcher mit dem Buchstaben S. unterzeichnet war. Es ist allen bekannt, daß so seine publizistischen Arbeiten der Vorsitzende der polnischen Abgeordnetenfraktion, der Rektor der polnischen Parlamentarier, Dr. Szuman, unterschreibt.

Der ehrwürdige Vorsitzende, den doch etwa niemand einen „Versöhnungsparteiler“ nennen wird, bezeichnet den Schulstreik als eine „krankhafte“ Erscheinung und als eine ungeschickte Demonstration. „Wer von uns, sei es bei uns unter preussischer Regierung oder in den polnisch-russischen Landesteilen, jammert nicht darüber, daß die Erziehung unserer Jugend in den öffentlichen Schulen keine eigentliche Erziehung, keine Bildung des Geistes und des Herzens sei, sondern daß sie Entnationalisierung zum Ziele habe. Wer hätte nicht das Verlangen, nach dieser Richtung

hin eine Änderung, eine Rückkehr auf die rechten Bahnen zu sehen? Umsonst bringen die Eltern der gepeinigten Jugend ihre Beschwerden bei den Schulbehörden an, vergeblich erhebt unsere Presse und unsere Vertreterschaft im Abgeordnetenhaus gegen das verkehrte System laute Proteste und brandmarkt dasselbe aufs schärfste. Die Ohren der Minister und Leiter der öffentlichen Erziehung bleiben taub für diese Stimmen. Der Privatunterricht ist dermaßen eingeschränkt, daß er einem völligen Verbote eines solchen gleichkommt."

Trotzdem hat im Posenschen niemals jemand zum Boykott der preussischen Schule zugeredet, weil „das ein Mittel ist, welches an die schlimmste Anarchie grenzt, die es nur geben kann, denn es geht darauf hinaus, daß Jünglinge und Schulknaben ihren Eltern und Lehrern Vorschriften für den Gang der Erziehung geben sollen. Die Eltern, diejenigen gerade, welche den albernsten Geflüsten ihrer Kinder unterlegen sind und den Schulstreik gutgeheißen und ihn bekannt gegeben haben, haben unvergleichlich mehr verschuldet, als ihre eigenen Kinder."

Was kann ein Streik einbringen? Er ist geradezu etwas anarchistisches und deshalb sicherlich nichts Gutes, außerdem führt er auf keinen Fall zu irgend welchem Ziele. Wir glauben nicht im entferntesten daran, daß die russische Regierung trotz aller Sorgen, welche gegenwärtig auf ihr lasten, unter der Last des Streiks erschrecken und nachgeben würde. An der ferneren Dauer der Schließung der Schulen in den polnischen Landesteilen verliert sie nichts oder doch wenigstens nicht viel. Und was hat der Streik in diesem Falle für einen Ausgang?

Der ehrwürdige Vorsitzende der polnischen Abgeordnetenfraktion in Berlin ist skeptischer Ansicht über das Projekt der Privatschulen.

„Die Gründung von Privatschulen ist geradezu ein Trugbild, das schließlich das erste beste Polizeiverbot, wie das hier bei uns geschieht, unmöglich machen kann; anders ist der Privatunterricht in dem Falle, wenn er die Schulerziehung vertreten soll, wenn er nur einer geringen Zahl ein zugängliches Mittel ist."

Angeichts dessen äußert sich Dr. Szumann dahin, daß der Boykott durchaus aufgegeben werden müsse. Möge die Jugend durch Lernen und Arbeiten sich zu dem Augenblicke vorbereiten, wenn die staatlichen Einrichtungen und das politische System einer gründlichen Umgestaltung unterliegen.

Von der polnischen Presse ist nur der allpolnische Gonic Wielkopolski ein warmer Anhänger des Boykotts. Die jugendlichen Mitarbeiter dieses Blattes verfolgen sorgsam den Ton und die Taktik der Lemberger Originale, und mit besonderem Gefallen bedienen sie sich der Verhöhnung und Wiederholen sie. Aus Anlaß des Sienkiewicz'schen Briefes, welcher in der Versammlung bei dem Grafen Krasinski verlesen wurde, warf sich der Gonic mit wahrer Tollwut auf den Verfasser der Trilogie. Das Hauptorgan der Posener Volkspartei, der Drendownik, gibt aus diesem Grunde dem allpolnischen Brausekopf die nachstehende Abfertigung:

„Im Gonic fiel ein gewisser „Gast aus dem Königreiche“ in widerwärtiger, geradezu ekelhafter Weise deshalb über Sienkiewicz her, weil der Schriftsteller in Warschau ebenfalls gegen den unflugen Schulstreik aufgetreten war."

Nach unserer Information klagen heute alle vernünftigen und achtbaren Bürger über den großen politischen Fehler, welcher vor einem halben Jahre bei der Proklamierung des Schulstreiks begangen wurde und fordern die Jugend auf, mit dem Beginne des Schuljahres im September in die bisherigen Gym-

nasien zurückzukehren, denn der Streik betrifft nur die höheren Schulen."

Der Drendownik setzt hinzu:

„Sienkiewicz braucht in den polnischen unter preussischem Zepter stehenden Landesteilen keinen Schutz vor derartigem Überfalle, denn bei uns kennen sogar niedere Volksschichten keine Werke, welche, wenn auch nur in Ausnahmefällen, durch eine Reihe von Jahren unserem Volke durch zahlreiche Volksblätter dargeboten wurden. Der preussische Landesteil kennt ihn als denjenigen, der unseren nationalen Geist stärkt und nährt."

Die Stellung, welche das Organ der Posener Volkspartei einnimmt, verdient hervorgehoben zu werden, eines Organs, welches man angesichts des Schulboykotts im Königreiche keinesfalls der „Versöhnungsfreundlichkeit" beschuldigen kann.

Posen.

Bart.

Aus Nr. 181 des Wielkopolanin (Posen)

vom 10. August 1905:

Nochmals das Verbot polnische Arbeiter aus den anderen Anteilen in preussischen gewerblichen Betrieben zu beschäftigen.

Als wir von dem angeblichen Verbot schrieben, das in Hannover erlassen wurde, fügten wir hinzu: „Was wird der Abgeordnete Brejski hierzu sagen?"

Wir gehen nicht darauf ein, ob das Verbot ein allgemeines war, Tatsache aber ist es, daß die uns am meisten feindlichen Parteien, die Alldutschen und die Hakatisten, sehr oft die Sperrung der Grenze für polnische Arbeiter aus den anderen Anteilen gefordert haben.

Es ist wunderbar, daß die Wünsche des polnischen Abgeordneten in diesem Falle mit den Wünschen der Alldutschen und Hakatisten zusammentreffen!

Man könnte dem Abgeordneten Brejski einen schweren Vorwurf daraus machen, daß er, als polnischer Abgeordneter, die uns feindlichen deutschen Bestrebungen unterstützt hat.

Zur Verteidigung unseres Abgeordneten kann man jedoch anführen, daß er in gutem Glauben und unter dem Druck eines Teil der Arbeiterschaft gehandelt hat.

Zum Beweise hierfür zitieren wir hier Auszüge aus einem Briefe des Arbeiters Adalbert Stefaniak aus Lassek bei Zabikowo.

Herr Stefaniak schreibt ungefähr folgendes:

„Als Polen können wir solcherlei Anordnungen des preussischen Ministers nicht gutheißen, da wir sie am eigenen Leibe spüren; was aber gerade diesen Erlaß anbetrifft, hat der Minister eine gerechte Anordnung getroffen. Ferner steht in dem Artikel des Wielkopolanin vom 6. August: „Was sagt Herr Brejski hierzu?" Unser Abgeordneter, Herr Brejski, hat sehr richtig und gerecht verfahren, als er im deutschen Parlament denselben Erlaß forderte, wofür ihm Achtung und Verehrung seitens der polnischen Arbeiter gebührt. Brejski ist in das Parlament nicht durch den Adel und die Reichen gekommen, sondern die polnischen Arbeiter haben zu seiner Wahl beigetragen."

Und nun komme ich auf die Arbeiter aus dem Königreich Polen und Galizien zurück. Gewiß sind sie unsere Brüder und sie haben auch keinerlei Wohlstand, ebenso wie wir. Aber mag sich der geehrte Wielkopolanin nachfolgendes überlegen: Am 1. April des vergangenen Jahres führte der dortige Meister der

Rindler'schen Ziegelei 70 Arbeiter aus dem Königreich Polen und aus Galizien zu, die er nur im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigen sollte, er beschäftigt indeß nur die Hälfte im landwirtschaftlichen Betrieb, während die größere Hälfte in der Ziegelei arbeitete, so daß bisweilen unsere Arbeiter 5—6 Wochen ohne Arbeit waren. Im Interesse der Arbeiter liegt es, fremde Arbeiter nicht ins Land zu lassen."

Der Korrespondent läßt sich weiter über die Lage der Arbeiter, den schwierigen Lebensunterhalt und die Teuerung aus.

Die Korrespondenz und die in ihr ausgeführten Gedanken können wir nicht ohne Erwiderung lassen.

Zunächst müssen wir die irrige Auffassung des Herrn Stefaniaf richtig stellen, als ob der Abgeordnete Herr Brejski auf andere Art und Weise gewählt worden wäre, wie unsere übrigen Abgeordneten. Es ist klar, daß bei den allgemeinen Wahlen zum Reichstag die Stimmen des Volkes, und hauptsächlich die der Arbeiter, entscheidend sind, alle unsere Abgeordneten gehen überwiegend aus den Stimmen des Volkes hervor, aber keiner unserer Abgeordneten betrachtet sich als Arbeiterabgeordneter, sondern lediglich als polnischer Abgeordneter. Und unsere Abgeordneten haben lediglich die Aufgabe, die Interessen der polnischen Nation zu wahren. Die Nation setzt sich aber aus allen Ständen zusammen.

Das polnische Interesse ist eben allgemeiner und umfangreicher als das Arbeiterinteresse, das häufig nur ein lokales ist, denn das polnische Interesse umfaßt alle Stände, das Arbeiterinteresse dagegen nur einen.

Hieran mag Herr Stefaniaf ebenfalls denken.

Wir als Polen, — auch Herr Stefaniaf schreibt ebenfalls am Anfang seiner Korrespondenz „wir als Polen“, — können keinerlei Ausnahmegeetze und Erlasse loben, denn wenn wir die einen loben würden, könnten wir nicht gegen die zweiten protestieren, also schon von diesem Gesichtspunkte aus können wir uns mit der Anschauung des Herrn Stefaniaf nicht einverstanden erklären.

Wenn wir uns mit diesem Erlaß einverstanden erklären würden, dann müßten wir hier ebenfalls jenen berückichtigten Erlaß Bismarcks, durch welchen aus den Grenzen des preussischen Reiches 40 000 Personen des polnischen Arbeiterstandes vertrieben wurden, loben.

Gleichwohl bewirkte dieser Erlaß, daß die Nachfrage nach dem zurückgebliebenen Arbeiter eine größere und die Bezahlung eine bessere wurde.

Wir fragen Herrn Stefaniaf, ob dieser Erlaß Bismarcks nicht der Anfang aller übrigen war, die gegen den polnischen Arbeiter im allgemeinen und gegen den polnischen Arbeiter aus den andern Anteilen im besonderen gerichtet waren.

Wir fragen Herrn Stefaniaf, ob er jenen Erlaß auch lobt?

Herr Stefaniaf hat nichts gegen den angeblichen Erlaß des Ministers betreffend die Beschäftigung der Arbeiter aus den andern Anteilen in der deutschen Industrie einzuwenden, aber weiß denn Herr Stefaniaf nicht, daß die Behörden, Kakatisten und Alldutschen überhaupt sich bemühen, den polnischen Arbeiter, ohne Rücksicht auf seine Herkunft, zu konkurrenzieren?

Weiß Herr Stefaniaf denn nicht, daß berichtet ist, man gebe sich auf den Domänen und Ansiedelungsgütern Mühe, überhaupt polnische Arbeiter nicht zu beschäftigen? Weiß Herr Stefaniaf nicht, daß die preussische Regierung, auch ohne die Forderung des Herrn Brejski, die Grenze für polnische Arbeiter aus den anderen Landesteilen schließen könnte, wenn sie sie nur entbehren könnte?

Ist Herr Stefaniaf der Meinung, daß der hiesige Arbeiter durch Sperrung der Grenze für polnische Arbeiter die Konkurrenz des fremden Arbeiters los sein wird?

Wenn es möglich wäre, würde die preussische Regierung die Grenze für den polnischen Arbeiter sperren, sie würde aber, da Hände zur Arbeit notwendig sind, in größerer Anzahl Ruthenen, Rumänen, Bulgaren, Serben, Ungarn, Schweden, Flamländer usw. einführen.

Diese Regierung würde dies tun, wenn jener Arbeiter unsere Brüder aus den anderen Anteilen ersetzen könnte.

Also, geliebter Bruder Arbeiter, du betrachtest diese Angelegenheit von einem irrigen Standpunkt aus. Mit solchen Forderungen wirst du für das Fell deines eigenen Bruders die Peitschen drehen, ohne dich selbst gegen Schläge zu schützen, denn auf jeden Fall wirst du Konkurrenten haben. Wenn es sich so verhält und es ist in der Tat so, ist es besser, daß dein Bruder den Verdienst hat, als dein mißgünstiger Stammverwandter, der Ruthene, oder der dir gänzlich fremde deutsche Ungar, Flamländer oder Schwede.

Wir fügen noch hinzu, daß wir eine solche Sperrung der Grenze, oder auch nur eine Ausschließung des Arbeiters von bestimmten Erwerbszweigen nicht zu billigen vermögen, da uns die Freiheit garantiert worden ist, in allen Teilen des früheren Polen unseren Aufenthalt zu nehmen und Verdienst zu suchen, und diesem historischen Rechte werden wir nicht entsagen, denn auch so schon beschränkt man es uns.

Schließlich fragen wir Herrn Stefaniaf, ob er noch niemals davon gehört hat, daß gewisse deutsche Parteien das Freizügigkeitsrecht der Arbeiter beschränken wollten?

Und wie begründeten jene deutschen Parteien ihre Forderung?

Damit, daß unser polnischer Arbeiter im deutschen Westen den deutschen Arbeiter verdrängt, weil er seine Arbeit billiger anbietet.

Wir haben sicherlich genügend Gründe angegeben, weshalb wir mit der Auffassung des Herrn Stefaniaf nicht einverstanden sein können.

Helfen wir nicht Ausnahmegeetze und Erlasse auszuheften, wenn uns auch ein augenblickliches Interesse dazu verleiten sollte. Seien wir überzeugt, daß im preussischen Staate jedes Ausnahmegesetz, wenn es auch im Interesse bestimmter Kreise gewesen war, schließlich sowohl uns am Orte befindlichen Personen als auch die ganze Nation mittelbar schädigt.

Aus Nr. 184 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 13. August 1905:

Fiasco der Ehe der galizischen Ruthenen mit dem SKL.

Le m b e r g, 10. August.

Ich habe Ihnen vor einigen Wochen von einem interessanten Institut geschrieben, das auf dem Hintergrunde des Romans des „bedrückten“ galizischen Ruthenen mit dem preussischen SKL geschaffen worden ist, und zwar von dem amtlichen preussischen Arbeitsvermittlungsbureau für ruthenische Arbeiter in Neu-Berlin bei Döwienim. Letzteres bildet auf österreichischer Seite die Hauptversandstation für galizische Arbeiter, die sich nach Deutsch-

land begeben. Jenes Bureau in Neu-Berun ist auf die Weise entstanden, daß die Nationalkanzlei in Lemberg, die das ausführende Organ der Partei der ruthenischen Nationalen (Hajdamaken) bildet, sich an die preußische Regierung mit der Vorstellung gewandt hat, sie werde für Deutschland an Stelle der Polen in Massen ruthenische, deutschfreundlich gesinnte Arbeiter liefern. Für das erste Jahr (1905) verpflichtete sich die Nationalkanzlei, mindestens 50 000 deutschfreundliche Ruthenen zu liefern, im folgenden Jahre 100 000, usw. von Jahr zu Jahr mehr.

Die preußische Regierung beeilte sich, den Vorschlag anzunehmen. Da sie nämlich die galizischen Verhältnisse nicht kennt, griff sie, bewogen durch die bekannte Abneigung gegen die Polen, zu den Versprechungen der Lemberger Nationalkanzlei in der Hoffnung, sie werde eine Massenausweisung der polnischen Arbeiter aus Deutschland ins Werk setzen und diese durch Ruthenen ersetzen können, von denen sie glaubte, dieselben würden sich ihr zu Füßen werfen. Man richtete daher in Neu-Berun eine Filiale des Berliner Arbeitsvermittlungsbureaus: „eine amtliche Vermittlungsstelle für ruthenische Arbeiter“ unter der Leitung eines gewissen Herrn Haack ein. Die Nationalkanzlei ihrerseits entsandte in dies Bureau als ihren Vertrauensmann den griechisch-katholischen Propst Janicki aus Rudno bei Lemberg. Die Regierung engagierte auch zwei von der Nationalkanzlei empfohlene Beamte ruthenischer Nationalität zur Hilfeleistung für Herrn Haack. Pfarrer Janicki fungierte als von Haack unabhängiger Berater. Das so organisierte Bureau mietete in Neu-Berun ein einstöckiges Haus, und die dabei befindlichen Ställe änderte es in ein Quartier für auf Arbeit wartende ruthenische Arbeiter ein. Es wurden nur die Krippen daraus entfernt; dafür brachte man darin nackte Brittschen aus Schwarten an und das „Hotel“ war fertig.

Aber das Geschäft ging nicht. Den von der Nationalkanzlei in Aussicht gestellten Zufluß an ruthenischen Arbeitern gab es überhaupt nicht. Statt der versprochenen 50 000 Leute gelang es kaum etwa 7000 zu liefern, und auch von diesen riß der dritte Teil nach Empfang der Anzahlung vor dem Termin von der Arbeitsstelle aus, manchmal in der Zeit der dringendsten Arbeit. Vergebens suchten national-ruthenischen Zeitungen wie das Dilo, der Kromadsky Kotos und andere auf verschiedene Art das ruthenische Volk zur Abwanderung nach Deutschland anzuregen. Vergebens munterten die diesem Lager angehörenden Geistlichen von den Kanzeln herab die Bauern zur Abwanderung nach Deutschland auf. Vergebens endlich versandte man in die ruthenischen Dörfer in ganzen Paketen Bilder, welche einen ruthenischen Bauern im Schafspelz mit zwei mächtigen Beuteln voll preußischer Markstücke unter den Armen und mit der Aufschrift darstellten: „Wer Geld haben will, der fahre nach Preußen!“

Der Bauern führen nur wenige, und die, welche heimkehrten, stimmen die zu Hause Zurückgebliebenen dagegen, bei den Breußen das Glück zu suchen. Mit einem Worte, das Geschäft ging nicht. Und wie es in solchen Fällen gewöhnlich zu sein pflegt, begannen die Kompagnons, welche das Geschäft gemeinsam unternommen hatten, in üblen Humor zu verfallen, als das Geschäft schlecht ging.

Herrn Haack gehen die antipolnischen Sentiments des Pfarrers Janicki nichts an; ihm handelte es sich nur darum, daß das Bureau die den Interessenten gegenüber eingegangenen Verpflichtungen

auch halte. Er verfluchte das Heimweh der Ruthenen, welche aus der Arbeit davon liefen, und machte dem Pfarrer Janicki bittere Vorhaltungen, weil dieser nicht so viel jener „deutschfreundlichen Ruthenen“ zu liefern vermochte, als er versprochen hatte, da das Bureau auf Grund seiner Versprechungen den Arbeitgebern gegenüber Verpflichtungen eingegangen war, die zu halten ihm schwer fiel. Er begann daher Polen anzunehmen. Dafür denunzierte Pfarrer Janicki Herrn Haack in Berlin, daß dieser die Polen protegiere. Herr Haack wurde nach Berlin vorgeladen, um sich zu rechtfertigen, und er stellte daselbst den Sachverhalt klar. Die Sache lief dahin aus, daß aus dem Arbeitsvermittlungsbureau der Regierung sowohl Pfarrer Janicki als auch die ruthenischen Beamten hinausgeworfen wurden und dem Pfarrer Janicki der Konsens für eine besondere eigene Agentur erteilt ward. Pfarrer Janicki richtete sich ein Bureau in der jüdischen Schänke von Berliner ein, während das amtliche Arbeitsvermittlungsbureau in Neu-Berun in dem früheren Lokal dicht daneben verblieb, und jetzt reißen sich diese beiden Bureaus gegenseitig jeden ruthenischen Bauern aus, der am Horizont auftaucht, doch geschieht dies Auftauchen allerdings in immer geringerem Maße.

Das ruthenisch-preußische Bündnis, das im Namen des Polenhasses geschlossen worden ist, hat in diesem Falle absolut Fiasko gemacht.

Aus Nr. 184 des Dziennik Poznański (Posen)

Die Philippiner Güter.

Als ich das Großherzogtum Posen besuchte, fuhr ich auch durch den Kreis Gostyn. Die wunderhübsche Gegend, vor allem aber der Reichtum an Wald, zog meine Aufmerksamkeit auf sich, und ich fragte meinen Reisegeossen, wem diese Güter gehörten. Das ist Eigentum der Philippiner, die während des preußischen Kulturkampfes ausgewiesen worden sind. Die Güter sind i. Z. dem Kloster von Seiten der großpolnischen Familien der Mysielski, Engeström, Brudzewski usw. zur Nutzung übergeben worden. Nach der endgültigen Ausweisung der Philippinerpatres aus den preußischen Staatsgrenzen hat der Fiskus die Güter an sich genommen. Vor zehn und einigen Jahren hat die Familie Mysielski sie auf dem Prozeßwege erstritten, sie sind aber doch in den Händen der Regierung geblieben. Es soll sich um die Geldfrage, um den Mangel an Kapital zur Abnahme der Gostynner Güter handeln, die Regierung aber, welche sie an Deutsche verpachtet hat, holzt die Wälder ab und der Kakatismus faßt ringsum Boden.

Die Erzählung meines Reisegeossen wunderte und empörte mich ungeheuer. So sollten sich also im Großherzogtum nicht Wohlgehinnte finden, welche den Erben behilflich wären, den deutschen Händen ein so schönes Stück Boden zu entreißen? Ich kann es nicht glauben, daß das Posensche so sehr gleichgültig sein sollte! Vielleicht bietet eine der maßgebenden Persönlichkeiten Aufklärung, was doch im Namen des Patriotismus sich gehörte.

Warschau.

Józefław Bretkowski.

NB. Die Informationen des geehrten Herrn J. A. scheinen in vieler Hinsicht irrig zu sein. Red.

Aus Nr. 184 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 13. August 1905:

Fatale Versteigerung.

Gestern schon erhielten wir kurz vor Redaktions-schluß die traurige Mitteilung, die Familie v. Morawski lasse zwecks Erbteilung das Familiengut Kotowiecko versteigern. Dieses Gut war im Besitz des verstorbenen früheren Landschaftsdirektors Josef v. Morawski, eines eifrigen Patrioten, der noch auf dem Sterbebette den in Nr. 162 des Dziennik Poznański v. J. 1902 abgedruckten denkwürdigen Brief geschrieben hat, ein Zeugnis für seine Anhänglichkeit an den vaterländischen Boden. Die Familie des Verstorbenen kann sich hinsichtlich der Erbteilung nicht einigen und infolgedessen läßt sie das ganze Gut öffentlich versteigern. Bei diesem Akt hat jeder Zutritt, u. a. auch die Ansiedelungskommission. Es zirkuliert sogar das Gerücht, die Ansiedelung sei als Hauptbieter, der den höchsten Preis gebe, in Betracht gezogen worden. Der verstorbene Josef v. Morawski würde sich wohl im Grabe umdrehen, wenn eine solche Eventualität eintrete, und wir können nicht annehmen, daß die Familie nicht alles tun werde, was dieser Eventualität vorbeugen könnte. Darum nennen wir hier alle Interessenten aus der Familie:

1. Antonina Sufszynska, geb. v. Morawska,
2. Rosalie Dshowska, geb. v. Morawska,
3. Ignaz v. Morawski-Dporowo,
4. Paul v. Morawski-Kaczkowo.

Es könnte uns der Vorwurf treffen, daß wir uns unnötigerweise in Privat- und Familienangelegenheiten mischen; darum legen wir schon von vorn herein Verwahrung ein. Wir tun dies nicht in böser Absicht, sondern aus Pflicht. Letztere liegt uns ob, einmal mit Rücksicht auf das Andenken des verstorbenen Josef v. Morawski, und sodann angesichts der nebst uns von der ganzen Volksesamtheit gehegten Befürchtung, daß dies polnische Gut infolge Familienzwistes in den Besitz unserer Feinde gelangen könnte. In diesem Falle büßt die Sache den privaten Charakter ein, und wir haben das Recht und die Pflicht, die warnende Stimme zu erheben.

Ob wir dies jedoch tun, erteilen wir den Interessenten aus der Familie das Wort, damit sie Gelegenheit haben, die Befürchtungen der Volksesamtheit zu beruhigen. Mögen sie im letzten Moment sich einigen und damit dem strengen Urteil der Allgemeinheit entgehen.

Aus Nr. 181 des Postep (Posen)

vom 10. August 1905:

Ich sitze fortwährend vor der Karte und suche die Länder auf,
In denen im eigenen Hause zu wohnen
Den durch und durch freien Leuten nicht gestattet ist,
es wären denn Kolonisten;
Sollen eine solche Anordnung nicht 300 Teufel
holen?
Der Sperling, wenn er auch ein Spitzbube ist, ver-
birgt sich unter dem Strohdach,
Und hier lebt der Mensch wie ein stets bedrängter
Hase.
Soll ein zweites Land gibt es auf der ganzen Welt
nicht,
Nur bei uns allein wird das Volk so bedrückt,
Dem der König die völlige Freiheit beschworen hat
Und die er so hält, daß man den Kopf verlieren
könnte,

Hierauf gibt es dennoch keinen andern Rat,
Als sich mit Bedauern zum Mikado zu begeben.
Dieser schafft Ordnung, lehrt überall Kultur,
Wöglich, daß er die Sakatisten bei uns auch lehrt,
Wie er dem Russen das gelbe Gebet beibringt
Und ihm die frechen Federn ausrupft.
Ist es nicht eine Schande, eine nichtswürdige Kultur.
Wenn man den Menschen schlimmer behandelt wie
eine Ratte,
Diese sitzt wenigstens frei in ihrem Loche,
Und dort wird sie so leicht nicht aufspüren
Ein Polizist, wie er uns im eigenen Hause
Aufsucht und heraufstreibt; hat sich denn einer
größeren Schandtat
Der Mensch unter den Gottentotten zu versehen?
Sie sogar ekeln sich vor solcher Arbeit.

Aus Nr. 186 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 17. August 1905:

Polnische Solidarität.

Grätz, 14. August.

Was soll das heißen? Am vorigen Dienstag, den 8. d. Mts. fand hier eine Kreistagsitzung statt. Dem Kreistage gehören sechs polnische Besitzer an, und zwar die Herren Konstantin und Johann v. Zoltowski, v. Niegolewski, Komalski-Wysoczka, Fürst Józef Czartoryski und Fräulein Konstanze Gräfin Mielzynska aus Siedlec, die Besitzerin von Kotowo und Wozniki.

Letztere hat zur allgemeinen Verwunderung der Polen und vielleicht auch der Deutschen ihre Vollmacht für diese Kreistagsitzung einem deutschen Herrn Hildebrandt-Slinowo erteilt.

Was würden zu einem solchen Verfahren ihrer Tochter bzw. Enkelin die großen verstorbenen Patrioten Josef und Matthias Mielzynski sagen? Weshalb verdient keiner der genannten Polen das Vertrauen des Fräuleins v. Mielzynska soweit wie Herr Hildebrandt?

K.

Aus Nr. 184 des Wielkopolanin (Posen)

vom 13. August 1905:

Aus Gilehne

erhalten wir vom Herrn Propst Wirscht nachstehendes Schreiben:

Auf den Artikel in Nr. 175 erlaube ich die geehrte Redaktion des Wielkopolanin nachstehende Antwort aufzunehmen:

Ich halte es nicht für angebracht, mich mit den persönlichen Anschauungen und Eindrücken des Verfassers des Artikels zu befassen, nur bezüglich seiner Behauptungen erkläre ich:

1. Ich habe die polnischen und die deutschen Kinder zusammen zur Kommunion angenommen, da dies hier so Brauch ist.

2. Unwahr ist es, daß ich die Absicht gehabt habe, unter dem Gesange eines deutschen Liedes die Kinder in die Kirche zu geleiten und daß ich von dieser Absicht nur Abstand genommen habe mit Rücksicht auf die Enttäuschung der polnischen Eltern. Im Gegenteil, es ist so gesungen worden, wie ich es vorher angeordnet hatte, nämlich die polnischen Kinder sangen das Lied „Wer sich dem Schutze“, das ich selbst polnisch anstimmte, während die deutschen Kinder, um nicht ohne Gesang zur Kirche zu gehen,

das gleiche Lied deutsch fangen. Von irgendwelcher Entrüstung der polnischen Eltern am Tage der heiligen Kommunion habe ich nichts gewußt, sie hat also auf mich nicht von Einfluß sein können..

3. An dem Tage, an welchem während der Prozession nach der Vesper deutsch gesungen worden sein soll, war Abblatz. An diesem Tage ist schon vorher bei der Prozession, bei der Messe und vor der Vesper gesungen worden.

St. Kirich, Propst.

Aus Nr. 181 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 9. August 1905:

An unsere Polinnen!

Am vergangenen Sonntag, den 6. d. M., veranstaltete der hiesige deutsche Turnerklub im alten Schützenhause sein alljährliches öffentliches Turnerfest, verbunden mit einem Sommervergnügen und einer Tanzlustbarkeit im Saale. Wir sehen davon ab, die Einzelheiten dieses Festes der deutschen Turner zu beschreiben, denn das geht uns wenig an; aber einen Umstand können wir nicht mit Stillschweigen übergehen, aus dem deutlich hervorgeht, daß die Vereinigungen der deutschen Turner politische sind. Dies hat in seiner Ansprache der zweite Bürgermeister, Herr Dr. Kollath, ausdrücklich hervorgehoben, indem er die deutschen Turner darauf hinwies, daß die Pflege der Leibesübungen nicht das einzige Bestreben eines Turnerklubs sei, sondern daß dessen Zweck in der für das allgemeine Wohl und für das Wohl des gesamten deutschen Vaterlandes unternommenen Tätigkeit liege.

Herr Dr. Kollath hat somit zugegeben, daß die deutsche Turnerschaft in des Wortes ganzer Bedeutung eine politische Vereinigung sei, welche auf die Allgemeinheit einwirkt.

Trotzdem hat die hiesige Polizei, deren Chef gerade Herr Dr. Kollath ist, den deutschen Frauen den Zutritt zu jenem Feste nicht verboten.

Mit welchem Rechte aber verbietet man den Polen das was den Deutschen gestattet wird? Die Polen führen doch keinen Ausrottungskampf gegen die Überflutung des deutschen Elements in ihrer polnischen Erde, sondern sie befinden sich nur im Stande der Verteidigung ihrer heiligsten nationalen Ideale!

Sehet Polinnen! Was den deutschen Frauen in Preußen erlaubt ist, das wird Euch verboten! Die deutschen Frauen können sich in den politischen Tagungen zerstreuen, Euch ist das nicht gestattet, weil Ihr Polinnen seid. Den deutschen Frauen verwehrt man es nicht, den turnerischen Übungen ihrer Landsleute Beifall zu zollen, Euch verwehrt man es, die physische Geschicklichkeit und Tüchtigkeit unserer Sokols, eurer Brüder, Männer und Söhne zu bewundern, und den polnischen Mädchen gestattet man nicht, teilzunehmen an den heiteren Tänzen der tapferen Sokoljugend.

Polinnen! Möge Eure Antwort auf diese preußische Gerechtigkeit Eure unbegrenzte Hingebung für die teuersten nationalen Ideale sein!

Lehret eure Kinder unsere geliebte und schöne polnische Sprache, lehret sie unsere große Vergangenheit lieben, zeigt ihnen auf den Karten die polnische Geschichte unserer großen Könige und Helden, vor denen die Vorfahren unserer heutigen Bedrückten zum Zeichen der Demut die Knie gebeugt haben.

Seid die Priesterinnen des häuslichen nationalen Lebens, reget eure Männer, Söhne und Brüder an, die nationalen Pflichten gewissenhaft zu erfüllen, sich in polnischen Vereinen zusammenzuschließen, insbesondere in denjenigen, welche am meisten der Verfolgung ausgesetzt sind.

Möge es in euren Häusern keinen Platz geben für Waren und Werkstättenerzeugnisse, welche aus fremden Handlungen stammen.

Den Herzen eurer Kinder präget schon von Jugend an ein, nur den eigenen Handel und die eigene Industrie zu unterstützen und alles das, was polnisch ist.

Das wird eure würdige Antwort sein auf das euch zugefügte Unrecht, daß euch die preußische Regierung anders traktiert wie die deutschen Frauen, daß sie euch nicht gestattet, an den Lustbarkeiten unserer Sokols teilzunehmen, während es der deutschen Frauenwelt gestattet wird, den Festen der politischen Vereinigungen der deutschen Turner beizuwohnen.

Zeigt euch als würdige Töchter der großen Nation, dann werden euch nicht nur die gegenwärtigen, sondern auch die kommenden Geschlechter segnen.

Aus Nr. 182 des Lech (Gnesen)

vom 10. August 1905:

Angriffe auf den polnischen Religionsunterricht.

Aus dem Kreise Wikkowo teilt man uns mit, daß die im April, Juni und Juli aus Anlaß der Einführung des deutschen Religionsunterrichts seitens der Eltern an die Regierung gesandten Proteste ohne Antwort geblieben seien.

Die Eltern fragen uns daher an, was sie weiter tun sollten. Unserer Meinung nach ist die Pflicht der Eltern durch die Absendung des Protestes erfüllt. Nimmehr ist die Reihe an die geistliche Behörde gekommen — was wir bereits dargetan haben.

Mit wahren Schmerzen schreibt man uns, daß die Erteilung des Religionsunterrichtes in der für die Kinder fremden und unverständlichen Sprache einen geradezu niederdrückenden Eindruck mache. Das sind die preußischen Wohltaten, für die G n e s e n d a n k t.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 97 der Gazeta Gdańska (Danzig)

vom 15. August 1905:

Die Stellungnahme der preußischen Sakatisten gegenüber der Kaiserrede.

Alle polnischen und deutschen Zeitungen haben über die Rede des deutschen Kaisers in Gnesen berichtet. Einen besonderen Eindruck hat der Appell des Kaisers an das Gnesener und Posener Kapitel hervorgerufen. Der Kaiser sagte wörtlich:

(Folgt Wortlaut der betr. Stelle.)

Die sakatistischen Blätter schreiben über die Rede des deutschen Kaisers sehr weitshweifig und deuten sie nach ihrer Art.

Das Posener Tageblatt schreibt, daß, wenn es die polnischen Geistlichen und die polnischen Zeitungen nicht gäbe, dann würden sich die Polen schon längst als „Preußen polnischer Zunge“ gefühlt haben.

Wir antworten den kassatistischen Zeitungen darauf, daß von den Polen niemand davon träumt, sich mit Gewalt vom preußischen Staate loszureißen, daß, da wir nach dem Willen der Vorsehung preußische Untertanen sind, wir die auf uns lastenden Pflichten erfüllen werden. Die preußischen Kassatisten fordern jedoch von uns, daß wir uns unserer polnischen Nationalität entäußern und daß wir uns mit Herz und Körper als Preußen fühlen sollen. Eine derartige Forderung widerspricht dem angeborenen Gottesrechte. Gott hat uns nicht deshalb zu Polen erschaffen, damit der erste beste preußische Kassatist uns unsere Nationalität nehme.

Von unseren ehrwürdigen polnischen Geistlichen mögen die Herren Kassatisten aber die Hand lassen. Sie sind nicht Diener dieser Welt, als welche unsere Kassatisten sie haben möchten. Sie sind Christi Diener, der gesagt hat: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“ Sie geben dem Kaiser, was des Kaisers ist und gleichzeitig auch Gott, was Gottes ist. Sie fordern die Polen nicht auf, sich vom preußischen Staate loszureißen, sondern sie bemühen sich als Hirten der ihrer Obhut anvertrauten Lämmer Christi, sie so zu leiten, daß sie einst vor Gott mit reinem Gewissen Rechenschaft über ihre seelsorgerische Tätigkeit ablegen können.

Unsere polnischen Geistlichen erfüllen nur einzig und allein die Gebote Gottes, wenn sie dafür sorgen, daß unsere Kinder in der Muttersprache für die hl. Sakramente vorbereitet werden. Unsere Geistlichen erfüllen nur einzig und allein die Gebote Gottes, wenn sie die Eltern bitten, daß sie ihnen darin durch Erteilung polnischer Schreib- und Leseunterrichts zu Hause behilflich seien. Die Kinder müssen übrigens polnisch lesen lernen, damit sie auch aus einem polnischen Gebetbuch beten können. Unsere Geistlichen erfüllen einzig und allein die Gebote Gottes, wenn sie sich in einer polnischen Pfarodie dem Eindringen deutscher Predigten und deutschen Gesanges widersetzen. Wenn sie das nicht täten, würden sie nicht nur zur Germanisierung, sondern auch zur Protestantisierung ihrer Parochianen beitragen. Denn wo sich an einem Orte des Polentums das Deutschtum verbreitet, dort verbreitet sich auch gleichzeitig der Protestantismus. Das alles gefällt den kassatistischen Blättern nicht, aber das polnische Volk wird ihnen den Gefallen nicht tun, daß es ihren Ratschlägen folgen und sich sowie seine Kinder freiwillig germanisieren sollte. Das polnische Volk wird die Pflichten, die ihm die preußische Untertanschaft auferlegt und wie es der deutsche Kaiser wünscht, treu erfüllen, aber andererseits wird es auch treu seine Pflichten erfüllen, die ihm die katholische Religion und die **polnische Nationalität** auferlegen, denn das wünscht Gott.

Aus Nr. 180 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 9. August 1905:

In Sachen der Wahl im Wahlkreise Culm-Thorn-Briesen

erhalten wir von Herrn Johann Brejski nachstehendes Schreiben:

Betreffs meiner Abgeordneten-Kandidatur leidet jemand, der augenscheinlich ein Interesse daran hat, die öffentliche Meinung systematisch irre. Namentlich wird hartnäckig die irrige Behauptung wiederholt, ich hätte vor der Thorner Versammlung auf die Kandidatur verzichtet, gleichzeitig aber sei ich auf sie

verlassen gewesen. Um es nicht zur Bildung von Legenden kommen zu lassen, die man in der Folge vielleicht gegen die Volksbewegung würde ausnützen wollen, erkläre ich folgendes:

Die Absicht, auf die Kandidatur zu verzichten, hatte ich vor anderthalb Jahren gesagt, als sich ein prinzipieller Meinungsunterschied zwischen mir und der Mehrheit der polnischen Fraktion in Arbeiter-Angelegenheiten zeigte. Ich befürchtete nämlich, ich würde in der Verfechtung der Interessen gerade dieser Volksschicht allzusehr beschränkt werden, die für meine Wahl die größten Opfer gebracht hat. Schließlich gestalteten sich jedoch die Verhältnisse in der Fraktion so, daß ich in der Erfüllung meiner Pflichten gegenüber den breiten Kreisen des Volkes und besonders gegenüber den Arbeitern nicht beschränkt worden bin. Angesichts dessen wurde die Absicht, auf die erneute Kandidatur zu verzichten, bei mir schwankend, worüber die Mitglieder der Fraktion überwiegend unterrichtet gewesen sind.

Es geschah jedoch, daß mein Mandat zu einem Termin für ungültig erklärt wurde, welcher bedingt, daß die heißeste Wahlagitatio in eine Zeit fällt, in welcher ich die gesamte eigene Energie und die meiner Mitarbeiter, sowie alle materiellen Mittel aufzuwenden habe, um zu verhüten, daß die Zeitungen, deren Erhaltung ich als meine erste bürgerliche Pflicht ansehen, nicht unter dem Druck einer Konkurrenz zu Falle kommen, die in der Wahl der Mittel nicht skrupellos ist und über große Kapitalien, sowie über übermächtige Einflüsse verfügt. Zum Überflusse befand sich eines der Blätter, nachdem es durch eine seine Kräfte übersteigende Opferwilligkeit für öffentliche Zwecke sich seiner Mittel entblößt hatte, und da es durch Konkurrenzunternehmen gleicher Art zu außergewöhnlichen Ausgaben gezwungen war, in finanziellen Kümernissen, und es war einige Tage vom Ruin bedroht.

Nachdem ich dies festgestellt hatte, kehrte ich zu meiner früheren Absicht, auf die Kandidatur zu verzichten, zurück, und da ich die Wähler auf diesen Schritt vorbereiten wollte, unterrichtete ich die Presse vertraulich über diese meine Absicht. Ich hoffte, nach meiner Rückkehr nach Thorn zu Hause einen Brief des Provinzial-Wahlkomitees vorzufinden mit der Anfrage, ob ich in der Tat auf die Kandidatur zu verzichten beabsichtige. Ich hätte dann entschieden und unwiderruflich die Erklärung der Verzichtleistung abgegeben. Das Provinzial-Komitee oder vielmehr sein Vorsitzender, Pfarrer Dr. v. Wolzlegier, sah es jedoch für angebracht an, über mich zur Tagesordnung überzugehen, und er ordnete die Aufstellung der Kandidatenliste an.

Wenngleich ich weiß, daß es weder durch unsere Wahltagungen, noch durch die bisherige Praxis begründet war, mir die Kandidatur zu nehmen, wenngleich ich mich dessen erinnerte, daß damals, als der preußische Landtag das Mandat des Pfarrers Dr. v. Wolzlegier im Wahlkreise Berent-Dirschau-Br.-Stargard für ungültig erklärt hatte, von der Aufstellung einer Kandidatenliste nicht die Rede gewesen ist, habe ich dessenungeachtet nicht protestiert, aber ich habe mich, durch eilige Verlagsangelegenheiten in Anspruch genommen, von der Teilnahme an den Wahlversammlungen ferngehalten in der Überzeugung, daß auch die Wähler über den Nichtanwesenden zur Tagesordnung übergehen würden, worum ich mich selbst durch die Presse eindringlich bemüht hatte.

Es ist anders gekommen, als ich habe voraussehen können. Die Mehrheit der Thorner Wähler

hat von meiner Kandidatur nicht absehen wollen. Obgleich ich in einem an die Abgeordneten der Thorner Versammlung gerichteten Briefe die Bitte ausdrückte, mich nicht auf die Kandidatenliste zu setzen, hat die Kulmer Versammlung mit allen Stimmen gegen die des Propstes Szwedowski beschlossen, auf meiner Kandidatur zu bestehen. Das hat mich gezwungen, ohne von meinem Standpunkt gegenüber dem Nichtigmachen meiner Kandidatur seitens des Vorsitzenden des Provinzial-Wahlkomitees abzugehen, gegen die Aufstellung der Kandidatenliste sowie gegen die Aufnahme meines Namens in dieselbe nicht zu protestieren, sondern alles den Wahlbehörden anheimzustellen. Ich habe ihnen damit das Recht zuerkannt, zu entscheiden, ob ich Kandidat sein soll oder nicht, und ich erklärte mich bereit, mich jeder Entscheidung zu unterwerfen.

Damit habe ich zugleich der Agitation derjenigen ein Ziel gesetzt, die mir den Vorwurf gemacht haben, ich hätte, indem ich auf die Kandidatur verzichtete, die Wähler in eine unangenehme Lage versetzt, sie vielleicht sogar dem Verluste des Mandats ausgesetzt.

Hier erkläre ich, — und ich glaube, daß ehrliche Leute mir glauben werden — daß es mir genehmer wäre, hätte man mich von dem Kandidieren entbunden. Ich lehne aber die mir von neuem angetragene Kandidatur nicht ab, einmal deswegen, weil ich den Willen der Wähler allzusehr achte, die ich zu meinen Gunsten keineswegs bearbeitet habe, und zweitens aus dem Grunde, weil ich schon die hinter den Kulissen versteckten beleidigenden und die Thorner Wähler reizenden Schikanen und Intriguen desjenigen sehe, der vor zwei Jahren auf die Warnung, daß die Geringschätzung des Willens der Wähler im Graudenzischen und Thornischen diese zur Sezession treiben könne, mit vollem Echnismus geantwortet hat: „Das will ich ja gerade.“

Johann Brejski.

Aus Nr. 96 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 12. August 1905:

Aufruf!

Werden denn niemals mehr die Zeiten wiederkehren, in denen die Missionare voller Eifer und Begeisterung zu uns kamen, um Gottes Wort zu verkünden? Werden wir denn niemals mehr diese eifrigen Väter bei uns erblicken, durch deren feurige Reden die Herzen verhärteter Sünder erweicht wurden, Gewohnheitslästerer sich aufrichtig besserten, die Abgefallenen sich wieder für die Gottesfurcht erwärmten und die Gottesfürchtigen sich im Guten befestigten? Ich denke noch an die früheren Missionen in Kulm, als die Väter Barzynski, Kaminski, Wawrzeczek und Szyketa durch ihre Ansprachen und ihre markigen Predigten die Herzen der Hörer mit sich fortrissen. Fanden sie denn keine Nachfolger? Ei freilich folgten ihnen welche nach und es leben andere, in gleicher Weise eifrige und ebenso beredte Missionare, nicht nur in fernen, sondern auch näher in den deutschen Ländern, die nur darauf warten, daß man sie zur Arbeit ruft. Das geistliche Arbeitsfeld ist bei uns fürwahr groß genug und der Arbeiter sind genügend, aber es sind nur wenige, die sie zur Arbeit aufforderten.

Es scheint, als ob der Schrecken des Kulturkampfes noch jetzt den guten Willen, sogar unserer eifrigen Priester, in Fesseln hält. Noch jetzt dauert anscheinend der

verderbliche Druck des Kulturkampfes einigermaßen fort. Doch in vielen Dingen ließ das Ungeheuer des Kampfes nach, man hat uns Rechte zuerkannt und Zugeständnisse gemacht, von denen wir möglichst schnell Gebrauch machen müssen. Wenn wir also von diesen unsern Rechten Gebrauch machen, sei es auch nur ganz vorsichtig in den erlaubten Grenzen, und ohne durch unnötigen Lärm unsere Gegner zu erbittern, dann können wir ganz unbesorgt Missionen abhalten, nach denen nicht nur unser Volk verlangt und die es gebraucht, sondern die Regierung wird sie nicht einmal verbieten, im Gegenteil, sie wird in der Stille anordnen, sie zu dulden, da sie in der moralischen Gesundung des Volkes ja nur einen Vorteil für sich erkennt. So ist es in Schlesien, so kann es auch bei uns werden. Beginnen wir nur im Namen Gottes, aber beginnen wir es auch verständig, indem wir die Missionen nicht nur sporadisch hier und dort abhalten, sondern am besten eine nach der andern in den Kirchspielen einer Gegend, und zwar zunächst in den Dörfern, sodann in der Stadt. Dann werden nicht nur die hinzugezogenen Väter und unsere Seelenhirten der Arbeit leichter gewachsen sein, sondern auch die Kosten für Reise und Unterhalt werden geringer sein, und so wird schon von allein die letzte Ausrede wegfallen, welche manche von der Abhaltung einer Mission zurückhält.

Beginnen wir nur im Namen Gottes und Gott wird uns helfen. — Wie, wo und zu welcher Zeit der Geistliche J. P. am besten diese Mission abhalten kann, wird uns ein anderer Amtsbruder schreiben, der die örtlichen Verhältnisse besser kennt wie ich.

Geistlicher J. P.

Aus Nr. 179 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 8. August 1905:

Zoppot, den 4. August.

Die Gazeta Gdanska schrieb in Nr. 82 vom 11. Juli unter der Überschrift „In Sachen des polnischen Gottesdienstes in Zoppot“ unter anderm:

„Der preußische Hakatismus, der überall so mächtig ist, der überall und bei jedem Schritt den Polen gegenüber eine herausfordernde Haltung einnimmt, schweigt hier. Er demütigt sich vor dem goldenen Kalbe, das die Polen dort alljährlich in Gestalt von vielen Tausend Rubel und Mark niederlegen.“

Der hiesige Ostmarkenverein konnte natürlich eine solche unerhörte „Schmach“ nicht mit Stillschweigen übergehen und veröffentlichte wiederum in allen ihm nahestehenden Organen eine überaus hochtrabende Erwiderung. Denn die ganze deutsche Welt soll erfahren, wie die undankbaren Polen die ihnen hier erwiesenen Wohltaten aufnehmen. Der Hakatismus betrachtet nämlich alle gerechten Forderungen der polnischen Gäste als „freche Annahme“, die herbeigeführt ist durch „übergroßes Entgegenkommen“ eines großen Teils der hiesigen Deutschen. Ausgezeichnet!

Vor allen Dingen wirft die Gazeta Gdanska mit Unrecht den Hakatisten vor, daß sie sich vor dem polnischen Mammon demütigen. Nein, das haben sie nicht nötig, da sie eine ausreichende Pension, „Ostmarkenzulage“, Renten usw. haben, denn es ist ja allgemein bekannt, was für eine Sorte von Herren hier zu diesem Vereine gehört. Daß der größte Teil unserer Mitbürger hauptsächlich von den Fremden lebt, was geht das diese „wahren“ Patrioten an, wenn nur die polnische Gefahr befänstigt wurde. Namentlich fürchten sie sich, daß die Flut der polnischen Intelligenz sie in der weiteren Germanisation der Raschuben stören

könnte, oder, wie sie sich im ersten Manifest, das durch das Gerücht hervorgerufen wurde, irgend eine polnische Bank habe die Absicht, Grund und Boden zu erwerben, ausdrückten, daß die Polen die Kaschuben nicht polonisieren sollen. Brächtig!

Die Herren Hakatisten sind gleichfalls heftig auf die russisch-polnische Jugend („Burischen“) aufgebracht und zwar aus Anlaß der bekannten Demonstration während des Spielens der russischen Nationalhymne. Diese Entzündung ist jedoch ein wenig verdächtig, da es allgemein bekannt ist, daß die Deutschen, und hauptsächlich die Hakatisten, den Russen nicht im geringsten wohlwollen. Es kann aber auch sein, daß die Hakatisten einzig und allein vom antisemitischen Standpunkte aus dieses erzdumme Abenteuer verdammen, denn es ist gleichfalls bekannt, daß jeder wahre Deutsche, also jeder Hakatist, die Juden ebenso wie die Polen haßt.

Das vorerwähnte Organ des Ostmarkenvereins führt weiter aus, daß die polnische Frechheit schon manchen guten Deutschen aus Zoppot hinausgegrault hat. Bekannte Deutsche, die sich ebenfalls für „gute“ halten, aber zu diesem geehrten Verein nicht gehören, glauben dies nicht. Schließlich hört man häufig genug in deutschen Kreisen, die Zoppoter könnten nur gewinnen, wenn diese Herren, welche hauptsächlich nur aus Rücksicht auf die „Ostmarkenzulage“ hier wohnen, sich einen andern schönen Wohnort aussuchten.

Die Gazeta Gdanska hat in derselben Angelegenheit weiter geschrieben: „Hinter der Kirchentür regiert weder der Regierungspräsident, noch der Landrat, noch irgend ein Staatsbeamter, sondern da regiert Christus durch seine Diener.“

Leider ist dies bei uns nicht der Fall. Noch bei Lebzeiten des Bischofs Hedner sagte mir ein gewisser Propst: „Die Culmer Diözese, soweit sie die Polen anbetrifft, regiert Gopler (der damalige Oberpräsident), und nicht Hedner.“

Genug, die unvorsichtigen Herzensergüsse der Gazeta Gdanska können üble Folgen für uns haben.

Inzwischen bemüht man sich, um die Wahrheit zu sagen, nur um die Entfernung eines Plakats „Usługa polska“ (polnische Bedienung), denn „die polnische Sprache muß raus aus den deutschen Geschäften“. Aber dann noch einmal etwas ähnliches und dann — wehe uns! Sie werden alle als „lästige Ausländer“ ausweisen oder ihnen mindestens untersagen, bei Deutschen zu essen, zu trinken und zu wohnen, damit man diese nicht im Verdacht habe, sich vor dem polnischen Mammon zu demütigen. Und dann wird es heißen „Finis Poloniae“, dagegen „Vivat Germania“.

Aus Nr. 93 der Gazeta Gdanska (Danzig)

vom 5. August 1905:

Mitteilungen aus Zoppot.

Ferner sind eingetroffen: Kobakowski aus Warschau, Boguslawski aus Warschau, Stan. Baracz, Dobrzanski, Tomas Gutowski aus Warschau, Heinrich San aus Lemberg, Pokrowski aus Warschau, Wanda Chmielewska aus Warschau.

Aus Nr. 94 der Gazeta Gdanska (Danzig)

vom 8. August 1905:

Mitteilungen aus Zoppot.

Es sind ferner eingetroffen: Michalczewska aus Galizien, Starbek-Muchowski aus Lublin, Professor

Sokolowski aus Galizien, Brysiemiec, Dubiecki aus Krakau, Lichtenfeld aus Lodz, Ligzka aus Warschau, Muszynski aus Warschau.

Aus Nr. 95 der Gazeta Gdanska (Danzig)

vom 10. August 1905:

Mitteilungen aus Zoppot.

Es sind ferner eingetroffen: Strzelecka aus Warschau, Wojciecki und Wojciecka, Julie Grygowicz aus Warschau, Giebrzynski aus Warschau, Marie Hanusz, Laczkiemiec aus Lemberg, Kaufmann Lochaczewski aus Warschau, Marie Trzinska und Tabiani aus Warschau, Michniewicz aus Polen, Borkowska aus Lemberg, Kaufmann Bednarski aus Wlozlawek, Marie Higier, Krzyzanowska aus Warschau, Mieczkowski aus Polen.

Aus Nr. 95 des Pielgrzym (Pelplin)

vom 10. August 1905:

Zoppot.

In Zoppot ist der Rektor der geistlichen Akademie in Petersburg, Herr Prälat Zarnowinski, eingetroffen. Er hat im Pensionat „Quo vadis?“ Wohnung genommen.

Aus Nr. 96 der Gazeta Gdanska (Danzig)

vom 12. August 1905:

Mitteilungen aus Zoppot.

Es sind ferner eingetroffen: Dr. Staniszewski aus Warschau, Witkowski aus Lodz, Miesiolowski aus Kielce, Strzyblewski und Brückner aus Lemberg, Piajcka und Frau Wiczorkiewicz aus Warschau, Zalowska aus dem Königreich, Liginiski aus Lodz, Mazurkiewicz aus Warschau, Gräfin Potocka aus Podolien, Rudzinska aus Lemberg, Frau Reinhard aus Polen, Wolski und Zielinski aus Warschau, Borejsza aus Warschau, Prof. Bronikowski aus Lemberg, Dr. Jakubowski aus Krakau.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 64 der Gazeta Opolska (Oppeln)

vom 11. August 1905:

Pflichten der Wahlmänner.

Lächerliche Dinge teilen uns unsere Leser aus zwei Dörfern mit. In einem Dorfe äußerten sich zwei Wahlmänner, sie hätten, als sie früher zur Teilnahme an der Wahl gefahren seien, vom Gemeindeamt je 3 Mk. für den Weg erhalten, das letzte Mal aber hätten sie nichts bekommen, so würden sie auch hinfert nicht mehr zur Wahl fahren. In dem andern Dorfe sagte ein Wahlmann: „Das letzte Mal stimmte ich in Oppeln für Szmulka, und dennoch gab man mir dort nichts!“

Es ist fürwahr eine Schande, über einen solchen Mangel an Bürgersinn dieser Wahlmänner schreiben zu müssen, die das Volk zu seinen Vertrauensmännern gewählt hat. Man sieht, diesen Leuten ist es weder um die gute Sache, noch um den Kandidaten zu tun, der ein Vertreter des Volkes sein soll, sondern um die Bezahlung. Wenn ihnen nur jemand gut bezahlt, so brächten sie es fertig, selbst dem Lucifer ihre Stimme zu geben!

Jeder aufgeklärte Wahlmann weiß es recht gut, daß ihn das Volk nicht dazu als Wahlmann auszuweisen hat, daß er dann in dieser Weise seine Wähler zum Besten haben und mit seinem katholischen Gewissen Handel treiben könnte, das er für ein Linsengericht zu verkaufen bereit ist, sondern daß er seine Bürgerpflicht ehrlich erfülle.

Geehrte Leser, achtet darauf, daß kein Wahlmann, den ihr mit euren Stimmen gewählt, am 24. August hinterm Ofen sitzen bleibe. Wir werden ebenfalls unser Augenmerk darauf richten, ob sich einer finden werde, der so nichtswürdig und gewissenlos wäre, um des elenden Mammons willen seine Bürgerpflicht zu vernachlässigen, und gegebenenfalls werden wir einen solchen Pflichtvergessenen öffentlich mit Vor- und Zunamen nennen. Möge die Welt von solchen „tüchtigen“ Männern erfahren, für die weder die Sache des polnischen Volkes, noch der Glaube und die hl. Kirche etwas bedeuten, sondern die sich nur vor einem vollen Geldsack, vor einem Glase Bier und einer Wurst verbeugen können.

Es ist uns übrigens bekannt, daß gerade in einem dieser Dörfer wackere Wirte für die Wahlmänner Wagen in die Stadt unentgeltlich zur Verfügung stellen, und in dem andern Dorfe gab das letzte Mal der Herr Pfarrer selbst aus eigener Tasche den Wahlmännern Reise- und Zehrgeld für den Aufenthalt in der Stadt. Ist das noch nicht genug?! Kann man einer edlen bürgerlichen Sache wegen nicht wenigstens einmal in mehreren Jahren etwas Gutes tun, da man doch sonst immerwährend an den stets unerfüllten Magen denkt?!

Aus Nr. 64 der Gazeta Opolska (Oppeln)

vom 11. August 1905:

Betrifft den polnischen Kirchengesang.

Unter der Überschrift „Früchte vom Lesen der Gazeta Opolska“ schreibt ein Lehrer aus Jaskowiz an die „Oppelner Nachrichten“, daß dort der Rektor und Organist Pierzchek, durch eine Enzyklika des hl. Vaters bewogen, in der Kirche neben dem polnischen auch den lateinischen Gesang habe einführen wollen, infolge eines gehässigen Artikels aber, der bereits im März gegen diese Neueinführung in der „Gazeta Opolska“ erschienen sei, habe sich das Volk mit dem lateinischen Gesang nicht einverstanden erklären mögen. Einige Mal sei es sogar zu skandalösen Ausfällen gekommen, namentlich am Fronleichnamsfeste. Unter den Aufwieglern hätten sich vor allem zwei hervorgetan, die dem Staatsanwalt angezeigt worden seien.

Darauf antworten wir, daß wir im März in der „Gazeta Opolska“ eine Korrespondenz veröffentlicht haben, in welcher zur Pflege des angeblich in Jaskowiz vernachlässigten polnischen Gesanges ermuntert wurde. Die Korrespondenz betraf hauptsächlich diejenigen polnischen Mädchen, die mehr auf den lateinischen, als auf den polnischen Kirchengesang bedacht sind. — Was die Enzyklika des hl. Vaters betrifft, so hat weder ein Lehrer, noch Organist das Recht, in der Kirche etwas Neues einzuführen, solange dies der Bischof selbst nicht anordnet. Auch gebietet keine päpstliche Enzyklika die Verdrängung des polnischen Gesanges in den oberschlesischen Kirchen. Den Lehrern ist es übrigens bekanntlich nicht so sehr um den lateinischen Gesang zu tun, als um die Beseitigung des polnischen Gesanges, um dann in den Kirchen unvermerkt den deutschen Gesang einzuführen.

Das Volk versteht diese Politik; es handelt sich nur darum, dagegen in erlaubter, ruhiger Weise unter Vermeidung unerlaubter Übergriffe Einspruch zu erheben. Aus Jaskowiz haben wir bis jetzt keine Nachricht. Wir bitten um unparteiische und wahrheitsgetreue Aufklärung dieser Angelegenheit.

Aus Nr. 33 der Praca (Beuthen D.-S.)

vom 15. August 1905:

B e r i c h t

über die Tätigkeit des Verbandes gegenseitiger Hilfe für den Monat Juli 1905.

Rechtshilfe wurde erteilt, und folgende Zahl von Angelegenheiten erledigt:

Im Bureau zu Beuthen.....	538
„ „ „ Zabrze.....	189
„ „ „ Gleiwitz.....	21
„ „ „ Kattowitz.....	149
„ „ „ Rybnik.....	61
Zusammen...	958

Aus der Begräbniskasse wurden an freiwilligen Beihilfen in sieben Todesfällen 252,50 Mk. ausgezahlt.

Der Vorstand

des Verbandes gegenseitiger Hilfe
christlicher Arbeiter Oberschlesiens
in Beuthen.

Krolitz.

Aus Nr. 185 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 13. August 1905:

Anruf.

Anlässlich eines Festes, welches der Turnverein „Sokol“ aus Jaworzno (Galizien) veranstaltet, wird Sonntag, den 20. August 1905 der

IV. Sokoltag

des IV. (schlesischen) Gaus der polnischen Sokolvereine im deutschen Reich unter Mitwirkung der Sokolturner des Krakauer Gaus zu Szczafowa in Galizien stattfinden. (sfr. Gesamtüberblick Nr. 31 Seite 777.)

Program.

Vormittag: Gemeinsame Abfahrt der Kameraden und Gäste, welche an dem gemeinsamen Festessen teilnehmen wollen, aus Myslowitz um 9 Uhr 37 Min. früh. Um 10¹/₂ Uhr Probeturnen und Einzeltturnen auf dem Festturnplatz. Um 12¹/₂ Uhr gemeinsames Mittagessen im Saale (das Gedek 1 Krone); Ansprachen.

Nachmittag: Gemeinsame Abfahrt der übrigen Gäste um 1 Uhr 46 Min. aus Myslowitz. Um 2¹/₂ Uhr Konzert, ausgeführt vom uniformierten Orchester des Krakauer „Sokol.“ Um 4 Uhr Anfang des Schauturnens: 1. Freiübungen (gemeinsame); 2. Geräteübungen (obligatorische); 3. Stabübungen; 4. Übungen der Schülerabteilung mit Fähnchen; 5. Musterübungen an Geräten und Bau von Pyramiden (unter Mitwirkung von Kameraden des Krakauer Gaus); 6. Übungen mit Lanzen.

Abends: Feuerwerk. Bekanntmachung der Sieger und Überreichung der Preise, dann Vergnügen im Saal.

Gemeinsame Rückfahrt mit Extrazug um 10 Uhr 40 Min. aus Szczafowa.

Anmerkung: Die turnenden Kameraden müssen unbedingt an den Proben teilnehmen und zu diesem Zwecke mit dem Frühzuge aus Myslowitz abfahren. Wer sich am Schauturnen beteiligen will, muß sich auch zu den (gemeinsamen) Freiübungen stellen.

Eintrittsgeld für Erwachsene 50 Pf., Kinder haben freien Eintritt.

Zu dem genannten Sokolfest laden wir alle uns wohlgefünnten Landsleute und Anhänger der erhabenen Sokolidee herzlichst ein.

Gut Heil!

Der Vorstand

des IV. (schlesischen) Gaus der polnischen Sokolturner im deutschen Reiche.

Dr. Siegmund Seyda, Vorsitzender.

Anton Wolski, Turnwart.

Johann Badura, stellvertretender Vorsitzender.

Ignaz Malezewski, Schriftführer. Adolf Vigon, Kassierer.

* * *

Indem wir vorstehenden Aufruf auf Ersuchen des Gauvorstandes unserer Sokols bekannt machen, ermuntern wir auch unsererseits angelegentlichst unsere Leser zur zahlreichen Beteiligung an dem Gantage unserer wackeren Sokolscharen.

Welch schweren Kampf unsere Sokolvereine mit den verschiedensten Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten auszufechten haben, darüber brauchen wir uns wohl nicht mehr ausführlich auszulassen; es wird gewiß genügen, wenn wir hervorheben, daß von den 11 Sokolvereinen in Schlesien gegenwärtig nur ein einziger, nämlich der in Rattowitz ein Versammlungs- und Turnlokal hat und überdies noch einen sehr kleinen Raum, in welchem früher eine Tischlerei untergebracht war. Ungeachtet dessen aber, ungeachtet aller Widerwärtigkeiten und Schikanen lassen unsere braven Sokols den Mut nicht sinken; unerschütterlich und unverdrossen schreiten sie unter ihrem Banner vorwärts, auf welchem die so erhabene Losung geschrieben steht: Im gesunden Körper — ein gesunder Geist, Zucht, Brüderlichkeit und Belebung der nationalen Aufklärung unter dem Volke.

Die Gakatifisten, ja sogar die preussischen Minister nennen unsere Sokols die Cadres des zukünftigen polnischen Heeres, und sie haben im gewissen Sinne recht. Es ist richtig, daß wir uns in den Sokolreichen Soldaten heranzubilden, jedoch nicht für Bajonette und Karabiner oder Sensen wie bei Raclawice, sondern für einen unblutigen, wiewohl nicht minder heftigen und schweren Kampf, für die soziale und bürgerliche Arbeit. Wir erziehen uns Soldaten-Bürger!

Und wer möchte dieser unserer wackeren Jugend gegenüber, die in den Reihen und unter Führung erfahrener Männer die gleichen erhabenen Ziele im Auge hat, mit Anerkennung geizen? Eilen wir daher möglichst zahlreich zum Sokoltag nach Szezakowa, zu den gastlichen Pforten Galiziens und bringen wir dieser nationalen Arbeit, die so reiche Früchte verspricht, unsere Huldigung dar. Eilen wir zu der Musterung der Sokolkräfte auf dem Turnplatz des Sokoltages, und unsere Anwesenheit, unser aufrichtiger, donnernder Beifall der Anerkennung wird unsern Sokol noch größeren Mut zu weiterer ausdauernder Arbeit einflößen und zur Mitwirkung in dieser Arbeit auch unsere übrige Jugend anfeuern, die sich bis jetzt von den Sokolreichen noch fernhält.

Und schließlich wird für uns alle, die wir unter dem Druck des Gakatismus leben, der Sokoltag eine Erholung nach den täglichen Ringkämpfen mit dem rasend und toll gewordenen Gakatismus sein; dort in Szezakowa wird uns die aufrichtige Bruderhand der Landsleute aus dem Krakauer Lande empfangen, dort werden wir uns an polnischen Liedern und Weisen gütlich tun, dort werden wir unsere Klagen und Un-

bilden zum Ausdruck bringen, und wir werden am Geiste erquickt heimkehren, wiederum liebe und wehmütige Erinnerungen auf ein ganzes Jahr mit uns fortnehmend, bis uns die Sokoltrompete von neuem auf den Turnplatz des Sokoltages rufen wird.

In einer Woche also alle zum Sokoltag nach Szezakowa!

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 182 des Wiarus Polski (Böckum)
vom 11. August 1905:

Ein Mitglied des Polenbundes, welches offenbar die Konkurrenz des polnischen Vereins fürchtet, schreibt im „Wiarus Polski“ u. a. folgendes:

Ich hoffe, daß, wie der Polenbund in der Fremde, auch der Verein „Straz“ in Posen eifrig daran arbeiten wird, um alles das zu erfüllen, was in den Satzungen vorgesehen ist. Es lohnt sich nicht, viel von der „Straz“ zu schreiben, weil der Verein die Polen in der Fremde wenig interessiert, dafür aber muß der Polenbund ersucht werden, daß er nach Beendigung der Ersatzwahlen in Essen an die Erfüllung der ihm durch die Satzungen vorgeschriebenen Aufgaben unverzüglich herantrete. Möge nun der Verein „Straz“ recht eifrig „in Polen“, der Polenbund dagegen die Polen in der Fremde organisieren, dann wird der Erfolg auch nicht ausbleiben, und die Polen können gewiß sein, daß ihre Arbeit der nationalen Sache wahren Nutzen bringen wird.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 362 des Slowo Polskie (Lemberg)
vom 5. August 1905:

Aufruf des Zentralkomitees der Nationalliga.

Im russischen Anteile ist folgender Aufruf verbreitet worden:

Landsleute! Mehrere Mal seit Beginn des gegenwärtigen Krieges an, haben wir Euch zur nüchternen Beurteilung der Lage, zur Selbstbeherrschung, zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande aufgefordert. Wir wollten unter keinen Umständen ein Mächtigerwerden der Anarchie zulassen, die den Geist demoralisiert und die nationalen Kräfte zersplittert, oder auch infolge zielloser Aufruhr nur einzig und allein eine allgemeine Niederlage und eine allgemeine Bedrückung zur Folge haben kann.

Im letzten Halbjahre, in dem Zeitraume der schändlichsten Niederlagen des russischen Reiches, der für uns ein Zeitraum des Kampfes der Ordnung mit der Anarchie und der Organisierung der nationalen Meinung war — ließen wir unsre gewissermaßen öffentlichen Organisationen diese Meinung öffentlich aussprechen, während wir selbst eine ruhige Arbeit hinsichtlich des Zusammenschlusses der nationalen Elemente zum Kampfe um das Recht, und was wichtiger war — zum Kampfe mit der Unruhestiftung geführt haben, die danach strebt uns zu einer bewußtlosen, zur Selbstregierung nicht fähigen Masse zu machen.

Diese unsere Arbeit, obwohl sie der Unterstützung von seiten der passiven Elemente unserer Gesamtheit beraubt war, die es nur verstehen im Augenblicke der Gefahr zu jammern und über die Untauglichkeit der Regierung zu klagen, brachte schließlich sichtbare Früchte,

wenngleich sie mit der Anarchie kämpfend, auch gleichzeitig mit der Regierung kämpfen mußte.

Die ländliche Bevölkerung hat sich in seiner ganzen Masse den Empörungseinflüsterungen widersetzt, während die Arbeiter und Handwerker, wenn auch mit Mühe, doch nach und nach einen immer stärker werdenden Widerstand dem sozialistischen Terror entgegensetzten. Der nationale Verein der Eisenbahner machte eine Erneuerung des Streiks auf der Wiener Bahn unmöglich, während später der nationale Arbeiterverband die Agitation, welche zum Streik und zum Terror zwang, erfolgreich zu bekämpfen anfing.

Wiewohl das Land noch nicht beruhigt ist, wiewohl die Gefahr der Anarchie, die namentlich durch fremde Elemente verbreitet und durch Hilfe bedeutender fremder Mittel unterstützt wird, noch immer über uns schwebt —, so sind wir ihr gegenüber noch nicht wehrlos, wir stellen ihr schon eine nationale, das Wohl der allgemeinen Sache, das Wohl des Vaterlandes zum Ziele habende Organisation entgegen.

Es gestattet, es befiehlt uns im gegenwärtigen Augenblicke die Lage des Landes unsere nationale Sache klar und verständlich zu beurteilen und zugleich aus dieser Beurteilung die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Vor allen Dingen geht es uns nicht um das Schicksal der Revolution oder gar um die staatlichen Reformen in Rußland, denn das betrifft uns nur mittelbar und hängt auch von uns nicht ab, auch geht es uns nicht um die Interessen dieser oder anderer sozialen Gruppen, die zum Schaden der allgemeinen Sache vorgehoben werden, sondern es geht uns darum, was unser gemeinsames Wohl bildet, um unsere nationale Sache.

Hier müssen wir allerdings bestätigen, daß trotz der unerhörten Schwächung der moskowitzischen Regierung, unsere Sache sehr wenig vorwärts geschritten ist. Diese Regierung, die von japanischer Hand so schimpfliche Niederlagen erlitten hat, die von ihrer Untauglichkeit, von ihrer Unfähigkeit und von der Überspannung aller Teile der Staatsmaschine durch Tatsachen im höchsten Grade überzeugt war, die eine zum Teil vernichtete und im allgemeinen demoralisierte Armee hat und der Flotte vollständig beraubt ist, die fast aus allen Ecken ihres Staates mit Aufruhr bedroht ist —, ist trotz alledem sogar den elementarsten Bedürfnissen unseres Volkes gegenüber taub geblieben. Und diese Bedürfnisse sind ihr gegenüber in den letzten Zeiten manchmal in verständlicher Weise unter eingehender Begründung ausgesprochen worden.

Als Antwort auf alle diese zum Ausdruck gebrachte Bedürfnisse haben wir die vom Zaren bestätigten Beschlüsse des Ministerkomitees erhalten, die einige elende kleine Konzessionen enthalten, außerdem aber Verordnungen, die das System der nationalen Bedrückung vollenden. Aber auch das, was im Prinzip anerkannt ist, darf in die Praxis nicht umgesetzt werden.

Der männliche Ton des Protestes, den diesen Beschlüssen gegenüber die Repräsentanten unserer Gesamtheit erhoben haben, des Protestes, dem sich heute die manifestierenden Bewohner aus allen Winkeln des Landes anschließen, ist ein energischer Ausdruck der Entrüstung gegenüber der Regierung, und gleichzeitig ein Zeugnis von der starken Organisation einer sich ihres Weges bewußter nationalen Stimmung im ganzen Lande.

Wenn wir euch, Landsleute, auf den uns gegenüber fortdauernden und unverändert feindlichen Standpunkt der Regierung hinweisen, so tun wir es nicht deshalb, um die fruchtlose Entrüstung unter euch zu vermehren, sondern nur zu dem Zwecke, um uns

die Ursachen klar zu machen, und aus ihnen die Verhaltensmaßregeln zu schöpfen.

Die zarische Regierung will ihre Politik uns gegenüber nicht ändern, denn sie ist zu weit überlegten Taten nicht fähig, denn bei den Leuten, die an ihrem Steuerruder stehen, ist die höhere Denkkraft geschwunden, und es sind ihnen nur, außer Untauglichkeit und Feigheit, und die ursprünglichen lüsternden Instinkte verblieben. Indem sie stieren Auges auf die um sie und um die ganze staatliche Einrichtung sich aufstürmende Gefahr blicken, halten sie mit gedankenlos zusammengekrampften Fingern das in den Händen fest, was ihnen nicht mehr gehört, wiewohl es bis vor kurzer Zeit als ihr ewiges Eigentum erachtet wurde.

Landsleute, in dieser Lage können wir nicht erwarten, daß wir von der Regierung etwas erhalten werden, was für uns einen wirklichen Wert hätte, und daß die Regierung uns freiwillig das geben wird, was zu unserem Leben und zu unserer Entwicklung unumgänglich notwendig ist. Sollen wir nun angesichts dieses Umstandes die Hände sinken lassen? Sollen wir, die wir so viele Jahre die Bedrückung des starken Feindes ertragen haben, sie auch weiterhin passiv ertragen, nur deswegen, weil dieser Feind untauglich geworden, weil er zur Durchführung von Reformen im Regierungssystem nicht fähig ist?

Nein! Das, was sie uns nicht geben und was uns zum Leben erforderlich ist, müssen wir uns selbst nehmen.

Wir fordern euch nicht zu unsinnigen Aufständen auf, auch nicht dazu, mit fahler Faust oder mit Revolvern auf die moskowitzischen Karabiner und Kanonen loszugehen —, im Gegenteil, stoßt alle als Wahnsinnige oder Verbrecher von euch zurück, die euch dazu ermuntern. Wir müssen um unsere Rechte nicht als unwissende, durch Fremde aufgestachelte und fremden Interessen dienende Barbaren kämpfen, sondern als ein zivilisiertes Volk, das seines Weges bewußt ist, das eine innere Ordnung besitzt und das seiner Taten Herr ist.

Wir müssen uns das nehmen, was wir brauchen, aber nicht auf gewaltsamen Wege, nicht mit Gewalt, **denn dazu haben wir keine Mittel**, sondern durch Inslebenrufen dessen mit eigenen Kräften, aus eigenem Willen, was wir für notwendig erachten.

Eine Nation, die nicht zu nehmen versteht, eine faule und passive Nation, macht von den Rechten sogar auch dann nicht Gebrauch, wenn sie ihr gegeben werden, aber eine wackere und verständige Nation vollbringt sogar angesichts der feindlichsten Kräfte Taten, wonach ihr Recht werden muß. Wir fordern auch nicht auf, irgend etwas zu vernichten, sondern wir fordern euch zur Schaffung der Grundlagen des nationalen Lebens auf.

Mit eigener Tat, aus eigener Kraft müssen wir dem Glauben unserer Väter, unserer Muttersprache, unserer nationalen Würde die ihnen gebührende Achtung und Bedeutung wieder verschaffen; aus eigenen Mitteln müssen wir Institutionen schaffen und an ihnen festhalten, womit wir die fremde Regierung zwingen werden, sie anzuerkennen.

Vor uns liegt eine ganze Reihe von Angelegenheiten, in denen dieses Programm ausgeführt werden muß, und sie nehmen einen so großen Raum im Leben ein, daß es fast für alle Mitglieder der Gesamtheit ein Arbeitsfeld bietet.

Der Toleranzerlaß stellte zwar im Prinzip die Religionsfreiheit wieder her, doch die Verwaltungsbehörden widersetzen sich dagegen, ihn voll und ganz einzuführen: Hier wollen sie den Übertritt zum Katholizismus nicht öffentlich bestätigen, und dort wie in Litauen verbietet man die Professionen außerhalb der

Kirche, oder man fesselt die Geistlichen in anderer Weise in der Ausübung ihrer Pflichten. Wir, und vor allem die Geistlichen, müssen diese Befehle und Chikanen ignorieren und sich auf eigene Verantwortung den Erlaß voll und ganz zunutze machen, denn anders nehmen uns die unteren Verwaltungsbehörden das fort, was uns von oben schon einmal zuerkannt worden ist. Dreistigkeit in dieser Beziehung und ein sicheres Auftreten unsererseits haben uns schon in vielen Fällen mit riesenhaften Resultaten gelohnt.

Die Aktion hinsichtlich der polnischen Sprache in der Gemeinde ist noch nicht beendet, aber sie ist in ein neues Stadium eingetreten. Das Ministerkomitee hat den Forderungen Hunderter von Gemeinden nicht entsprochen, und die Ortsbehörden haben darauf mit Verwaltungsstrafen geantwortet. Wir werden weiter kämpfen. Die Gemeinden sollen ihre Amtshandlungen in polnischer Sprache vornehmen, ohne mit den Verböten der Regierungsbehörden zu rechnen.

Der Kampf um die polnische Schule hat erst heute richtig begonnen. Trotz der künstlichen Agitation der gegen die Gesamtheit konspirierenden Elemente, trotz der Intriguen, die bestrebt sind, die Kirche zu diesem Zwecke auszunutzen, weist die geschlossene und wie niemals einmütige nationale Stimmung, freiwillig, ohne jeden Zwang, mit ganzer Kraft den Gedanken zurück, aus der moskowitzischen Schule Nutzen zu ziehen, welche die physischen, moralischen und geistigen Kräfte der Nation im Keime ersticht. Eine russische Schule existiert heute nicht, und sie hat auch keine Aussicht mehr auf ein regelrechtes Funktionieren. Sie wird rücksichtslos boykottiert, und das muß auch weiterhin geschehen. Das Ministerkomitee hat die Möglichkeit, polnische Privatschulen zu gründen, im Prinzip anerkannt —, wir müssen also auf diesem Wege ein polnisches Schulwesen schaffen, wir müssen nach dieser Richtung hin auch sogar dann tätig sein, wenn die ausführenden Behörden sich weigern werden, diese Beschlüsse in die Praxis umzusetzen und entsprechende Konzessionen zu erteilen. Unsere Gesamtheit hat während der Wirksamkeit der moskowitzischen Schule in unserem Lande ungeheure moralische Verluste erlitten, und sie erleidet sie jetzt noch mehr infolge der Untätigkeit der Jugend; aber sie wird sie überdauern und gesunde Erziehungsbedingungen für ihre Kinder erzielen, wenn sie sich zu großen materiellen Opfern und zu einer mutigen Tat aufrafft —, wenn sie aus ihren Mitteln polnische Privatschulen schafft und sie mit ihrer Energie ins Leben rufen wird. Das müssen wir tun und das ist die wichtigste Aufgabe der gegenwärtigen Zeit, von der unsere nationale Zukunft abhängt!

Im gegenwärtigen Augenblicke ist unsere Aufmerksamkeit auf eine große Privatinstitution gelenkt, in der unsere Sache abgewägt wird.

Die mutigen, von wirklich bürgerlichem Geiste besessenen Bediensteten der Wiener Bahn haben mit einer in der ganzen Gesamtheit Zuversicht erweckenden Einmütigkeit beschlossen, sich die Beschlüsse des Ministerkomitees zunutze zu ziehen und die polnische Sprache in der Verwaltung einzuführen. Sie haben diesen Beschluß auf einmal ausgeführt, indem sie eine musterhafte Eintracht und einen mustergiltigen bürgerlichen Gehorsam an den Tag gelegt haben, und gleichzeitig haben sie sich die Verpflichtung auferlegt, daß sie es nicht gestatten würden, Einzelpersonen für diese Handlung verantwortlich zu machen. Die Regierung hat beschlossen, diesem Vorgehen Widerstand entgegenzusetzen, also es wird einen Kampf geben, in dem wir nicht unterliegen dürfen, weil von dieser einen Angelegenheit eine ganze Reihe anderer abhängt.

Wir müssen uns sagen, daß der Kampf um die polnische Sprache auf der Eisenbahn ein Kampf der ganzen Nation ist. Die Bahnbediensteten sind in ihm die Wertmesser der allgemeinen nationalen Sache, und die ganze Volksgesamtheit muß ihnen beim Ausharren im Kampfe behilflich sein.

In allen diesen Angelegenheiten, sowie auch in anderen, die sich in der Zukunft entspinnen werden, werdet ihr, Landsleute, besondere Hinweise von den wirklich nationalen Organisationen erhalten. Hier weisen wir nur darauf hin, daß sie alle eine einzige, große Angelegenheit der Nation bilden, die um ihr Dasein kämpft, die sich selbst nimmt, die sich selbst ins Leben ruft, was ihr zum Leben erforderlich ist.

Mit ihnen bildet auch ein Ganzes der Kampf mit der Anarchie, mit ziellosen Streifen und Aufrühren, die uns das große Werk der Wiedererlangung der nationalen Rechte weiter zu führen hindern wollen.

Zu diesem Kampfe auf allen Gebieten, auf denen er geführt wird — sei es gegen die Regierung oder gegen die antinationale Unruhestiftung — muß sich die ganze polnische Nation stellen. Das ist nicht die Angelegenheit einer Partei, sondern es ist die Angelegenheit aller, die polnisch fühlen und denken.

Landsleute! Es gibt weder materielle Opfer noch Beschwerden und Anstrengungen, die wir für unsere Sache sparen dürfen; unsere Zukunft ist angebrochen, heute „steht unser Stern am günstigsten“, und davon, was wir heute machen, wird unsere sowie die Zukunft unserer Kinder und das Dasein sowie die Entwicklung des ganzen Volkes abhängen.

Lasset uns alle wie ein Mann stehen, lasset uns geschlossene Reihen bilden, die niemand wird durchbrechen können.

Möge dieser Feind, der über uns herrscht, begreifen, daß die polnische Nation existiert, daß sie ihre Kraft und ihre moralische Ordnung hat, und daß man ihr Schicksal ohne ihren Willen nicht bestimmen kann.

Warschau, den 1. August 1905.

Das Zentralkomitee der Nationalliga.

Aus Nr. 354 des *Slowo Polskie* (Lemberg)
vom 1. August 1905:

Berlin spielt ohne Überlegung den Teilungsmarsch Polens, und Wien sekundiert ihm in getreuer Weise.

Unwillkürlich fällt einem die traurige Analogie ein, die sich in der Tätigkeit aller Deutschen gegenüber unserer Nation beobachten läßt.

In Berlin gibt es nicht nur eine „Wacht am Rhein“, sondern auch eine „Wacht an der Weichsel“, die ihre Augen nicht nur auf Posen, sondern auch auf Warschau gerichtet hat. Von dort aus gehen die Netze der diplomatischen Intriguen aus, deren Aufgabe es ist, das politische Leben des Königreichs (gemeint ist Rußisch-Polen — d. Red. d. Ges. Überbl.) zu ersticken und einen natürlichen normalen Blutkreislauf dieses wichtigsten Teiles Polens nicht zuzulassen.

So oft in Petersburg eine gesunde Anschauung hinsichtlich unserer angeborenen Rechte zu siegen beginnt und eine Neigung zu Konzessionen sich bemerkbar macht, und wenn sie noch so klein wären, so oft hört man von Berliner Komplimenten dem Zaren gegenüber, und bald darauf erfahren wir herbe Enttäuschungen.

Dieses barbarische System alten Datums — aus der Teilungsepoche, fällt zusammen mit der veralteten Selbstherrschaft Rußlands — da ich nicht annehme, daß das konstitutionelle Rußland das nichtswürdige

Verbrechen der Ausrottung des kulturellsten slawischen Volkes — nur einzig und allein zum Vorteile und zum Wachstum der Hohenzollern fortsetzen werde!

Während dessen steht an der Donau hartnäckig die alte Theresienfeste, ein Monstrum vom neuzeitigen Gesichtspunkte aus betrachtet, die nach den Formeln der Raunige und Metterniche mit dem Schicksale der unter österreichischem Zepter verbliebenen Völkern Handel treiben will, so wie es früher „in illo tempore“ gewesen ist!

Wie in Berlin sich um die Bismarcks und Bülow, die Hofräte Hartmann et tutti quanti Philosophen gruppieren, die zur Schande der hohen Aufgabe der Wissenschaft, Theorieverdrehungen und metaphysische Verdrehungen erfinden, die vom ethischen Standpunkte aus alle preussischen politischen Verbrechen rechtfertigen sollen, so stehen dieser deutschen Wiener Agentur auf jede Aufforderung eine Legion Doktoren und Hofräte zur Verfügung, die bereit sind zu beweisen, daß nur sie Recht habe.

Ihr wichtigstes Organ ist die Neue Freie Presse, besonders wenn es sich um polnische Angelegenheiten handelt.

Aus Nr. 28 des Kraj (Petersburg)

vom 15. (28.) Juli 1905:

Eine polnisch-russische Annäherung.

Das Organ des slawischen Klubs in Warschau, der Swiat Slowianski — die Slawische Welt — bespricht am Eingange seines letzten Heftes die eventuellen Folgen, die eine Einigung Polens mit Rußland nach sich ziehen würde. Für die Machtstellung Rußlands würde diese Tatsache eine außer-gewöhnliche Bedeutung haben.

Etwas, so sagt der Swiat Slowianski, geht im fernsten Osten vor sich, Rußland hat Mittel und Wege, um im Westen nicht nur nicht die Bedeutung zu verlieren, sondern dieselbe zu festigen und in kurzer Zeit in Europa eine größere Macht zu entfalten, als es je besessen hat. Möge es nur seine inneren Angelegenheiten so erledigen, daß die Regierung für die Gesamtheit wäre und nicht umgekehrt, und möge es die Zwistigkeit mit Polen im Geiste der Gerechtigkeit lösen, d. h. in einem solchen Geiste, welcher unserer Würde entspricht, der Würde einer Nation, welche eine tausendjährige Vergangenheit einer politischen Existenz und selbständigen Kultur hinter sich hat. Insofern Rußland diese beiden Werke nicht zu spät erfüllen würde, könnte es aus der gegenwärtigen Überwältigung nicht nur ohne Schaden, sondern sogar gestärkt hervorgehen. Die Macht des mit Polen geeinigten Rußlands könnte allerdings nicht gegen Österreich gerichtet sein, sondern man müßte danach trachten, mit diesem Staate ein enges Bündnis zu schließen. Rußland würde nicht nur das Bündnis mit Österreich verteidigen, es würden vielmehr zu seinem Schutze auch all und jede Kräfte des polnischen Volkes auftreten, denn wenn wir ein solches Rußland verteidigen, dann würden wir auch gleichzeitig Polen verteidigen. Eine Ausöhnung Polens mit Rußland würde einen starken und heilsamen Einfluß auf die innere österreichische Politik ausüben, was den slawischen Elementen im Augenblick Einfluß und Bedeutung verleihen würde. Es teilen uns — sagen wir die aufrichtige Wahrheit — verschiedenartige Ansichten über die polnisch-russische Angelegenheit; dann aber würde es keinen Unterschied der Ansichten mehr geben, und wir wären alle eines Sinnes.“

Die Politik der Vereinigung der Slawen unter der Ägide Rußlands, das den Polen gegenüber feindlich gesinnt ist, hat die Probe der Wirklichkeit absolut nicht

ausgehalten; sie hat sich trügerisch gezeigt. Indessen wuchs eine andere Strömung kräftig an: der Zusammenschluß der Slawen unter dem Zeichen Österreichs, und heute muß man schon mit der Tatsache rechnen, daß die Idee des slawischen Zusammenschlusses nicht von Rußland nach Österreich hinüber dringt, sondern umgekehrt: von den schwarz-gelben Pfählen nach dem Norden.

„Die russische Slawenfreundschaft mit der Regierungsmarke hatte in Österreich ihre Propaganda (was vielleicht noch der Fall ist), ihre Wege und Mittel, und doch welch eine Unfertigkeit! Sie führte zu nichts, niemanden und nichts hat sie organisiert und niemandem hat sie etwas eingebracht. Nur verlorene Bemühungen, lauter Enttäuschungen! Ganz anders verhält es sich mit der Slawenfreundschaft, die sich außerhalb Rußlands entwickelt hat, oftmals gegen Rußland und manchmal sogar im ausdrücklichen Widerstreit zur russischen Regierung. Sie breitet sich herrlich aus, erwirbt sich immer wieder neue Anhänger selbst unter den größten Skeptikern, sie überzeugt und führt selbst die Widerseztlichsten zurück, und das alles geschieht von selbst, ohne irgend eine Bevormundung von oben her, ohne künstliche Stützen, aus freiem Willen. Dieses Holz ist auf der Freiheit gewachsen und dermaßen emporgeschossen, daß jedwedes andere, neben ihm stehende Gehölz im verdorrenden Zustande erscheint.“

Daß es so ist, davon haben die letzten Jahre hinlängliche Beweise geliefert. Der Swiat Slowianski führt einen der sprechendsten davon an:

„Seit sechs Jahren — so schreibt das Blatt — besteht gewissermaßen eine Vorbereitung, an der man sehr wohl den Kampf zwischen zwei Strömungen der Slawenfreundschaft, die aus Rußland und Österreich herrühren, beobachten kann. Diese Vorbereitungen sind die Zusammenkünfte der slawischen Journalisten, welche sich zu einer tatsächlichen Repräsentation des slawischen Gedankens herausgebildet haben, sodaß man sie für gewöhnlich kurz „slawische Zusammenkünfte“ nennt, als ob die berufliche journalistische Seite in ihnen eine nichts zu bedeutende Zugabe wäre. In diesen Zusammenkünften war der russische Panlawismus anfangs obenan, er ist aber wunderbarerweise schnell gesunken, deshalb nämlich, weil er sich nirgends mit etwas Positivem zeigen konnte.“

Der Swiat Slowianski schließt seinen Artikel mit folgenden Worten:

Angeichts der politischen Wirklichkeit ist die polnische Sache in diesem Augenblicke das hauptsächlichste Interesse des Slawentums und wir behaupten dreist, daß die Zukunft Prags, Lublins und Agrams von der Zukunft Warschaus abhängt. So lange es Warschau schlecht ergeht, so lange droht auch Prag und Triest die Gefahr des preussischen Landes, Österreich dagegen die Zerstörung durch das magiarisch-preussische Bündnis. Die Deutschen werden nicht bis Triest gelangen, wenn die russischen Militärkapellen auf den Warschauer Plätzen die Melodie spielen werden: „Noch ist Polen nicht verloren!“ Wenn die österreichischen Militärkapellen diese Melodie spielen, weshalb sollten sie denn nicht auch die russischen spielen? War denn die Bedrückung in Österreich dereinst nicht dieselbe wie in Rußland?

Die Zukunft wird es lehren, ob sich der Optimismus des Krakauer Swiat Slowianski erfüllen wird. Gegenwärtig ist das Heute dem Gestern durchaus nicht ähnlich und morgen kann es erst recht anders sein. Nicht minder weit erscheint der Weg des heutigen Zeitpunktes zu diesem Morgen, an das der Swiat erinnert und er ist voller, voller Hindernisse. T.

Aus Nr. 365 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 10. August 1905:

Das allerneueste Auftreten Wilhelms II.

Lemberg, 9. August.

Mit angehaltenem Atem horchen die europäischen Diplomaten aufmerksam auf das Gemurmel, das ihnen aus der Unterwelt entgegenhallt, in der die Diplomatie, die das Tageslicht meidet, wühlt.

In den monarchischen Staaten und den Republiken ist es nicht gebräuchlich, daß die Häupter derselben an diesen Maulwurfsarbeiten unmittelbar Anteil nehmen, sondern sie bedienen sich hierzu ihrer Minister und Bevollmächtigten, in Deutschland dagegen hat Kaiser Wilhelm mit dieser Tradition gebrochen und er nimmt persönlich Anteil an dem diplomatischen Spiel.

Es drängt ihn hierzu ein ungemäßigter Tatendrang, eine mit der monarchischen Würde garnicht zu vereinbarende Ungebulb und eine nervöse Unruhe. Welches das endgültige Resultat seiner diplomatischen Bestrebungen sein wird, ist schwer vorauszu sehen, in dessen scheint das, was jetzt zur allgemeinen Kenntnis kommt, nicht zu beweisen, daß Wilhelm eine glückliche Hand für den Diplomatenberuf hatte.

Einen solchen Eindruck gewinnt man wenigstens, wenn man in deutschen Blättern die hochtrabenden Berichte über die Kaiserreise nach Kopenhagen liest, die doch keinerlei positive Resultate erbracht hat.

Wilhelm reiste in erster Linie dorthin, in der Absicht, zu erforschen, wie sich Dänemark im Falle eines Konflikts zwischen England und Deutschland verhalten würde.

Nach der dänischen Interpretation der Neutralität vom Jahre 1903 ist nur die Frage der staatlichen Lotsen durch den großen Belt offen. Dänemark kann also nach eigenem Ermessen im Kriegsfall jeder der kriegführenden Parteien Lotsen stellen, die ihre Dampfer durch den großen Belt steuern würden, es kann dies, aber es ist nicht dazu gezwungen.

Es handelte sich Wilhelm also darum, daß Dänemark schon jetzt öffentlich erkläre, es werde für den

Fall eines englisch-deutschen Krieges keiner der kriegführenden Parteien Lotsen stellen.

Eine solche scheinbare Unparteilichkeit seitens Dänemarks wäre jedoch, im Grunde genommen, eine ungeheure Wohltat für Deutschland, das den Kaiser Wilhelm-Kanal, der das Baltische Meer mit der Nordsee verbindet, in der Hand hat und deshalb garnicht durch den Belt zu fahren braucht. Wenn also den Engländern dafür von Dänemark keine Lotsen gestellt werden würden, würden ihnen, infolge der Schwierigkeit und Gefahr bei der Durchfahrt durch den Belt, alle Kriegsaktionen unmöglich sein, und in demselben Maße würde Deutschland, anstatt sich gegen zwei Fronten, auf zwei Meeren zu wehren, imstande sein, seine ganze Macht auf der Nordsee allein zu konzentrieren. Andererseits könnte die Ablehnung, den Engländern Lotsen zu stellen, nicht als ein den Engländern feindlicher Schritt betrachtet werden, da Dänemark den Deutschen ebenfalls keine stellen würde.

Nachdem er sich dies alles als ganz sicher auskalkuliert hatte, fuhr Wilhelm nach Kopenhagen, um dem König Christian diese Angelegenheit vorzustellen. Der König nahm ihn sehr artig auf, hörte ihn an, versprach aber nichts. Alle Verheißungen Wilhelms halfen nichts, daß er, als Ersatz für diese Gefälligkeit, seinen Einfluß geltend machen würde, um dessen Sohn Karl auf den norwegischen Thron zu setzen. Ja es half sogar nichts die in natürlichem Tone von Wilhelm hingeworfene Drohung, daß, im Falle den Engländern Lotsen gestellt würden, Wilhelm dies für einen Neutralitätsbruch zugunsten Englands ansehen und das deutsche Heer ganz Dänemark besetzen würde, was umsomehr anginge, als das ganze Land, mit Ausnahme des besetzten Kopenhagen, völlig ungeschützt ist.

Aber weder Bitten noch Drohungen regten den dänischen König auf, der sich von vornherein nicht binden wollte und sich auf alle Fälle die Hände für die Zukunft frei gehalten hat, und Wilhelm mußte Dänemark mit dem verlassen, womit er hingekommen war.